

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 11. April 2016**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

5. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.44 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 4. Sitzung des Gemeinderates vom 29.02.2016 liegt zur
Einsichtnahme auf.

***Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 31.03.2015 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Markus Hufnagl gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Rabl betreffend Sonderpensionen auf Gemeindeebene

Bgm. Dr. Rabl: Es wurde an mich von GR. Markus Hufnagl eine Anfrage betreffend Sonderpensionen auf Gemeindeebene gerichtet, in der er detailliert wissen möchte, welche Beamten bzw. Hinterbliebenen Ruhe- bzw. Versorgungsbezüge erhalten und in welcher Höhe. Diese Anfrage werde ich in der nächsten Sitzung mündlich beantworten. In der Kürze der Zeit war mir eine vollständige Vorbereitung dieser Frage aufgrund der Detailliertheit nicht möglich. Ich verweise darauf, dass immer wieder die Steigerung der Effizienz in der Verwaltung angeprangert und gewollt wird, gleichzeitig werden aber Anfragen gestellt, die umfangreiche Recherchearbeiten erforderlich machen. Ich ersuche daher bei der Erstellung von Anfragen auch auf diesen Aspekt besonders Rücksicht zu nehmen.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Neuausschreibung der Schüler/Innen-Verpflegung DI-Verf-2007-2016

Bgm. Dr. Rabl liest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Ausschreibung für die Schülerausspeisung erfolgte im Jahr 2014. Diese wirbelte viel Staub auf, weil der Welser Familienbetrieb, der bis zu diesem Zeitpunkt die Welser Schulen belieferte, nicht mehr zum Zug kam. Sondern die Firma SODEXO, eine Großfirma aus Deutschland, bekam den Zuschlag. Nunmehr wird das Essen täglich von Deutschland angeliefert. Die damaligen Diskussionsbeiträge wiesen ungefähr in die Richtung, dass aufgrund des Ausschreibungsgesetzes keine andere Vorgangsweise möglich ist. Nunmehr erhielten wir von der Volksanwaltschaft eine anders lautende Stellungnahme, sodass sich eine Neubewertung dieser Angelegenheit ergibt. Wir haben es mit einer neuen Situation zu tun, deshalb ersuchen wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, damit wir eine Neuausschreibung beantragen können.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Nachpflanzung von Bäumen in Alleen
DI-Verf-2006-2016

GR. Prof. Mag. Teubl: Alleen bieten viele Vorzüge. Sie schützen vor Sonne und Wind, sie verbessern bei Nebel und Dämmerung die Orientierung und – das Wichtigste – sie verschönern das Stadtbild. In Wels haben wir Gott sei Dank viele Straßen, die als Alleen angelegt wurden und damit all diese Vorzüge aufweisen. Wir müssen nun mehr und mehr feststellen, dass diese Alleen in ihrem Bestand gefährdet sind. Wir GRÜNEN sind Tag für Tag mit Beschwerden aus der Bevölkerung konfrontiert, die das Umschneiden von Bäumen zum Inhalt haben. Immer mehr Welser missfällt der leichtfertige Griff zur Kettensäge, ja manchen bereitet dies sogar schlaflose Nächte, wenn es Bäume betrifft, die sich in ihrem unmittelbaren Umfeld befinden.

Sehr häufig betrifft diese Kritik gefällte Alleebäume, deren Fehlen als besonders schmerzlich erlebt wird. Mal müssen Bäume weichen, weil eine Bushaltestelle umgebaut wird, ein anderes Mal werden Bäume umgeschnitten, um Parkplätze zu schaffen. Sehr häufig aber erfolgt die Baumfäll-Maßnahme ohne einen erkennbaren Grund. Sie alle meine Damen und Herren, werden aus eigener Anschauung die eine oder andere Allee kennen, aus der plötzlich Bäume herausgeschnitten wurden, deren Stümpfe dann noch lange an das Massaker erinnert, bevor endlich auch der Wurzelstock beseitigt wird. Diese Baumstümpfe sind es aber auch, die darüber Auskunft geben, dass es sich in vielen Fällen um einen vielleicht zwar alten, aber letztlich doch kerngesunden Baum handelte, der hier der Kettensäge zum Opfer fiel. Das regt die Leute auf. Vor allem aber regt sie auf, dass ihre Anfragen von den Mitarbeitern des Magistrates nicht zufriedenstellend beantwortet oder mit eher nichtssagenden Argumenten abgetan werden. Bestenfalls wird mit nicht überprüfbaren Sicherheitsargumenten jeder Einwand abgeschmettert. Vielleicht war ja ein Ast morsch, aber muss deswegen der ganze Baum gefällt werden?

Nun zum Thema Nachpflanzungen, um das es in unserem Antrag eigentlich geht. Nachpflanzungen können den alten Baumbestand ohnehin nicht ersetzen. Schließlich dauert es ja Jahrzehnte, bis ein frisch gesetzter Jungbaum die Biomasse eines Altbaumes erreicht hat. Einen hundertjährigen Baum umschneiden und ein Bäumchen frisch aus der Baumschule an seine Stelle zu setzen, wird wohl nicht ausreichen denselben Effekt zu erzielen, was dessen Funktion bezüglich Stadtklima, Beschattung, Luftqualität und Lärminderung anbelangt. Aber selbst diese Neupflanzungen unterbleiben in vielen Fällen, wie die zahllosen Lücken in den Reihen der Alleebäume nur allzu deutlich zeigen.

Eine Allee ist definitionsgemäß eine Straße oder ein Weg, der an beiden Seiten in regelmäßigen Abständen von Bäumen gesäumt wird. So gesehen weisen aber fast alle Alleen in Wels inzwischen Lücken auf. Zwei Beispiele: Die Allee zwischen Welios und Traunufer, die kurz nach ihrer Umgestaltung zu einem Geh- und Radweg durch Vernichtung eines Teiles ihres Baumbestandes verunstaltet wurde, hat bis heute – dies trotz erfolgter Nachpflanzungen – immer noch acht Bäume zu wenig, um dieser Definition gemäß als Allee bezeichnet werden zu können. Die wunderschöne Birkenallee von der Neustadt nach Puchberg hat inzwischen so viele Lücken, dass eine Nachpflanzung von fast dreißig Bäumen notwendig wäre, um sie wieder vollständig zu machen. Diese Beispiele zeigen also, dass es sich nicht um ein paar Bäumchen handelt, die nachgepflanzt werden müssten, sondern dass bereits eine ganz erhebliche Anzahl fehlt.

Wir haben aber sehen müssen, dass im Doppelbudget 2016/2017 ein Ansatz für Alleebäume gänzlich fehlt. Wir müssen auch feststellen, dass es gar nicht so leicht ist zu ermitteln, wer eigentlich dafür die Zuständigkeit hat. Ist es die Umwelt-Stadträtin, ist es die Innenstadt-Stadträtin oder ist es gar der Verkehrs-Stadtrat, der für diese straßenbegleitenden Bäume die Verantwortung trägt. Wie dem auch sei, es ist hoch an der Zeit endlich zu handeln und ungeachtet dieser verworrenen Zuständigkeiten so rasch wie möglich ein Gesamtkonzept für den Lückenschluss in allen Welser Alleen vorzubereiten. Und – das ist uns besonders wichtig – nicht nur darüber zu reden, nicht nur Pläne dafür zu schmieden, sondern endlich auch zu handeln.

Meine Damen und Herren, wir stellten bereits vor zwei Jahren zum Thema Baumschutzgesetz einen Antrag an den Gemeinderat, der leider abgelehnt wurde. Auch damals beklagten wir bereits diese Baumfällmaßnahmen in den Alleen. Es wurde uns grundsätzlich eine Überprüfung zugesichert, passiert ist nicht wirklich viel.

Wir stellen daher den Antrag, der lautet:

1. Die in den Alleen im Stadtgebiet gefällten Bäume sollen umgehend nachgepflanzt werden.
2. Die für diesen Lückenschluss notwendigen Geldmittel werden genehmigt.
3. In Zukunft werden Alleebäume erst gefällt, wenn für eine umgehende Nachpflanzung Sorge getragen wurde.

Meine Damen und Herren, schieben sie diese Angelegenheit nicht wieder auf die lange Bank, es gibt nichts worüber man hier lange diskutieren müsste. Entweder man will es oder will es nicht tun. Ich hoffe, man will. Deshalb ersuche ich sie im Interesse unseres Stadtbildes diesem Antrag zuzustimmen.

Vzbgm. Huber: Lieber Walter, ich schätze dein Engagement für mehr Grün in der Stadt, aber mich regt es auf, wenn du besserem Wissen einfach sagst, die Stadtgärtnerei fällt leichtfertig, willkürlich Bäume. Nein! Du sprachst mit DI. Christoph Haslmayr - wir sind in erster Linie Baumerhalter und in dieser Angelegenheit sehr gewissenhaft. Wenn in der Baumkontrolle festgestellt wird, dass ein Baum aufgrund mangelnder Verkehrssicherheit gefällt werden muss, wird das getan. Warum bleiben die Baumstümpfe öfters in den Beeten? Damit der Autofahrer im Winter diese nicht übersieht und damit sein Auto beschädigt – das ist beispielsweise ein Grund. Ist Gefahr in Verzug, muss der Baum sofort gefällt werden. Unser Stadtgärtner versuchte dir zu erklären warum ein Baum aus stadtgärtnerischen, vegetationstechnischen und wirtschaftlichen Gründen im Herbst oder im darauf folgenden Frühjahr gefällt werden muss.

Im heurigen Frühjahr werden Baumpflanzungen in der Dr. Groß-Straße, Schubertstraße, Volksgartenstraße, Maria-Theresia-Straße und Am Zwinger durchgeführt. Die dafür erforderlichen Mittel sind nicht im außerordentlichen Haushalt angesetzt. Dort befindet sich ein Ansatz für die Bäume in den Parkanlagen. Der Ansatz für die Alleebäume ist im ordentlichen Haushalt zu finden, dafür sind Gelder vorhanden.

Wie gesagt, einen Masterplan für Bäume in der Stadt, ein Gesamtkonzept begrüße ich sehr wohl, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Ausschuss für Umwelt-, Frauen- und Gesundheit zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Huber auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 2) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an den Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Wolf-Dieter Holzhey, 4623 Gunkskirchen, Aternstraße 10;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-11-2015

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.03.2016:

Herrn Wolf-Dieter Holzhey, wh. 4623 Gunkskirchen, Aternstraße 10, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Dr. Josef Obermayr, Vizepräsident des Landesgerichtes Wels,
4611 Buchkirchen, Stelzhamerstraße 1;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-1-2016

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.03.2016:

Herrn Dr. Josef Obermaier, wh. 4611 Buchkirchen, Stelzhamerstraße 1, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Univ.Prof. Primarius Dr. Peter Knoflach, Wels, Traunuferstraße 17;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-2-2016

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.03.2016:

Herrn Univ.Prof. Primarius Dr. Peter Knoflach, wh. Wels, Traunuferstraße 17, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Vizebürgermeisterin Silvia Huber; Zustimmung des Gemeinderates der Stadt Wels zur Betätigung als Mitglied des Aufsichtsrates der OÖ Landes-Abfallverwertungsunternehmen AG (OÖ LAVU AG)
DI-Verf-036-2016

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.03.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge der Betätigung von Vizebürgermeisterin Silvia Huber als Mitglied des Aufsichtsrates der OÖ LAVU AG mit Sitz in Wels, Firmenbuchnummer FN 80915 v, gemäß § Unv-Transparenz-G die Zustimmung erteilen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Strukturreform Magistrat der Stadt Wels 2016;
Auftragsvergaben – Beratungsleistungen an die Firmen
ICG Integrated Consulting Group GmbH und KPMG Advisory GmbH
DI-Präs-202-2016
FD-Fin-229-2016

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.03.2016:

Die ICG Integrated Consulting Group GmbH wird gemäß dem in Punkt 1.3.1. angeführten Leistungsumfang mit einem maximalen Honorar von € 63.000,00 zuzüglich km-Geld Verrechnung und zusätzlich Umsatzsteuer beauftragt.

Die KPMG Advisory GmbH wird gemäß dem in Punkt 1.3.2. angeführten Leistungsumfang der Effizienzanalyse und Konzeption zu einem Fixpreis von € 86.400,00 zuzüglich 20 % Umsatzsteuer beauftragt.

GR. Ganzert: Grundsätzlich ist festzuhalten, Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind aus unserer Sicht Grundpfeiler unseres sozialen Wohlstandes und damit kaum mit marktwirtschaftlichen Umfeldern entsprechend vergleichbar. Natürlich ist nicht abzuspochen, dass von Zeit zu Zeit ein Außenblick auf ein Unternehmen und auf den Magistrat der Stadt Wels mit seiner öffentlichen Struktur durchaus sinnvoll erscheint. Damit kann einer möglichen Betriebsblindheit vorgebeugt werden. Der Prozess muss jedoch Antwort auf die Frage ergeben, wie stellen sich unsere Bürger eine moderne Verwaltung vor. Entscheidend ist die Vorgangsweise in dem man nicht sagt, ich mache den Prozess um einzusparen - das ist mein oberstes Ziel. Unsere Meinung zum Thema Strukturreform ist, ich mache diese um abzutesten, um zu erfragen, wie kann die Stadt Wels, wie kann der Magistrat der Stadt Wels die besten Angebote für die Welser Bevölkerung gemäß den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts bieten.

Natürlich ist die Stadt im stetigen Wandel. Erinnern möchte ich an den Budgetbegleitbeschluss aus der vorherigen Funktionsperiode. Damit gab es bereits einige Vorschläge – diese wurden teilweise abgearbeitet. Es gibt Erkenntnisse, innerstädtische Projekte, die man einbeziehen

könnte, um „das Rad nicht immer neu erfinden zu müssen“. Für uns ist wichtig, dass bei sozialen Dienstleistungen, wie z.B. die Altersvorsorge und Kinderbetreuung, Menschen und nicht Zahlen im Vordergrund stehen. Man sollte sehr genau darauf achten, dass der Betreuungsschlüssel nicht reduziert wird und damit die notwendige Qualität weiter vorherrscht.

Ziel des Reformprozesses muss sein, die Qualität der angebotenen Dienstleistungen unserer Stadt sinnvoll zu evaluieren und zu schauen, was ist heute noch zeitgemäß. Es wird sicherlich eine Schärfung im Angebot, im Portfolio und im Profil der Stadt Wels geben.

Viele im Amtsbericht stehende Dinge, z.B. der One-Stop-Shop oder die Digitalisierungsoffensive, sind notwendige Instrumente, um die Angebote für das 21. Jahrhundert bereitzustellen. Widersprechen möchte ich (wie im Amtsbericht und in der Presseunterlage enthalten) bei der Einbindung der Fraktionen. Es gab zwar ein Auftragsgespräch und eine Präsentation der fünf Unternehmen. Bei der weiteren Entscheidungsfindung, sprich beim Lokalausgang in Wr. Neustadt oder bei der Bewertung der gehörten Präsentationen, war zumindest die SPÖ nicht mehr eingebunden. Das ist sehr schade. Bei so einem wichtigen Prozess, wie diese Strukturreform (Kosten 160.000 Euro), die zwei Firmen benötigt um diese umzusetzen, bzw. bei der Entscheidungsfindung wurde die Einbindung der Fraktionen leider außeracht gelassen.

Wir werden diesen Prozess nicht unnötig blockieren oder aufhalten, wir werden ihn jedoch ganz genau begutachten, verfolgen und uns dafür einsetzen, das Erreichte für die Stadt und das für viele Welser lieb Gewonnene entsprechend zu verteidigen. Wir werden uns heute der Stimme enthalten, weil wir der Meinung sind, dass wegen dieser fehlenden Einbindung und der fehlenden Information die SPÖ-Fraktion zu wenig Kenntnis für eine Zustimmung erlangt hat.

Stetige Information an die Fraktionen sowie an den Lenkungsausschuss sind durchaus sinnvoll, es soll einen Austausch zwischen den Beratungsfirmen und den politischen Entscheidungsträgern der Stadt Wels geben.

GR. Hufnagl: Wie sie wissen, haben wir NEOS uns im Wahlkampf immer dafür ausgesprochen endlich eine Aufgabenevaluierung und eine Strukturreform anzugehen. In meiner Antrittsrede im Herbst vergangenen Jahres bzw. bei der letzten Gemeinderatsitzung anlässlich des Budgets habe ich diese Forderung wiederholt. Wir sagten immer, dass die Konsolidierung bzw. eher die Sanierung des ordentlichen Haushaltes ein wesentliches Ziel der Stadtregierung sein muss. Dass man sich hier externer Berater bedient, ist verständlich und legitim. Man profitiert dabei aus den Erfahrungen aus anderen Projekten. Zusätzlich erhält man eine andere und unvoreingenommene Sicht auf den Ist-Stand. Und, das weiß ich aus der Privatwirtschaft, haben externe Gutachten manchmal immer mehr Wertigkeit als interne Gutachten. Das ist leider so.

Aus meiner Sicht wurde im Ausschuss durch den Herrn Bürgermeister stichhaltig erklärt, warum man zwei Beratungsunternehmen beauftragt. Nicht nur weil beide Unternehmen gute Referenzprojekte vorzeigen können (Wr. Neustadt), sondern hauptsächlich weil zwei unterschiedliche Herangehensweisen angewandt werden. Die ICG erstellt eine Leistungsanalyse bzw. Aufgabenanalyse, also beschäftigt sich mit der Frage, welche Aufgaben die Stadt in Zukunft erfüllen soll. Die KPMG beschäftigt sich mit Effizienz, also Strukturprozessen und Arbeitsumfeld. Somit folgt man auch hier dem Vorschlag der NEOS einerseits eine Aufgabenevaluierung zu machen und andererseits eine Strukturreform anzugehen. Natürlich kostet das etwas. Kollege Ganzert sagte 160.000 Euro – das stimmt nicht ganz! Es kommt noch die Mehrwertsteuer dazu, deshalb sind es knapp über 180.000 Euro und Reisekosten. Ich denke, es geht gar nicht so sehr um die Kosten, es geht darum, was in Zukunft eingespart werden kann. Das sollte doch ein Vielfaches dessen sein, was wir für diese Evaluierungen ausgeben.

Mir fehlt jedoch eine genaue Zieldefinition. Im Amtsbericht steht sehr allgemein Organisationsreform, Abteilungen bzw. Dienststellen reduzieren, Vereinfachung, Deregulierung,

One-Stop-Shop usw. Im Prozess wird es notwendig werden, genaue Zielvorgaben zu machen. Also, wie viele Dienststellen möchte man maximal oder welche Einsparungen möchte man monetär haben. Das gehört noch nachgeschärft bzw. es wird sicher noch eine politische Diskussion nach sich ziehen. Mit dieser Beauftragung der Beratungsunternehmen machen wir den ersten Schritt. Ende des Jahres liegt uns ein Papier vor. Die NEOS werden diesem Tagesordnungspunkt zustimmen.

Vielleicht noch eine kleine Ergänzung zu meinem Vorredner. Ich sehe es anders was das Thema Verwaltung und Unternehmen betrifft. Ich denke in der Verwaltung würde ein marktwirtschaftlicher Gedanke auch nicht schaden.

GR. Mag. Mayerhofer: Eingehen möchte ich auf die Worte des Herrn Bürgermeisters, der scheinbar jetzt wirklich in seinem Amt angekommen ist und so wie sein Vorgänger immer darauf hinweist, dass Anfragen der Gemeinderäte zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachen und wir daher sparsam damit umgehen sollen. Meines Wissens ist es die erste Anfrage eines Gemeinderates in dieser Periode und ich halte es schon für wichtig, dass den Gemeinderäten dieses ihnen zur Verfügung stehende Instrumentarium nicht eingeschränkt wird durch überbordenden Sparwillen.

Was den Prozess der Organisationsreform betrifft, so kann ich diesen Schritt nur begrüßen, denn Organisationen sind meines Erachtens etwas, was in Bewegung ist oder zumindest sein sollte. Daher ist es immer gut diese zu evaluieren. Besonders wichtig ist mir, dass vorliegende Ergebnisse, wie beispielsweise aus dem Facilitymanagement, welches in den letzten Jahren begonnen wurde, aufgegriffen werden und die Umsetzung weiterverfolgt wird. Wenn die Ergebnisse dieses Prozesses vorliegen ist wichtig, diese tatsächlich umzusetzen.

GR. Prähofer: Wels wächst. Heute konnten wir den Medien entnehmen, wir haben in unserer Stadt mehr als 65.000 Einwohner. Aber der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel ist in Wels bei den Stadtstrukturen beinahe vorübergegangen. Dabei sind dringend Strukturänderungen notwendig, die von Professionisten begleitet werden müssen.

Die Ausgaben stiegen in den letzten Jahren zur Einwohnerzahl unproportional. Um in Zukunft nicht noch höhere Schulden zu haben, müssen wir dringend alles durchleuchten. Bereiche, wie Facility- oder Gebäudemanagement, Logistik, Infrastruktur, Personal, Reduktion von Verfahren, Verkürzung der Verfahrensdauer ist eine Sache, aber ebenso müssen wir die Bedeutung, wie diese Kernprozesse der Magistratsabteilungen, in Zukunft frühzeitig erkennen und Risiken vermeiden.

Wir sprechen von einer Effizienzreform. Hinweisen möchte ich auf etwas, was ich in den Konzeptunterlagen gefunden habe. Hier tauchen beispielsweise Begriffe wie Rasenmäher-Kürzungen auf. Eine Maßnahme, die wenig effizient ist, denn wenn man wie mit einem Rasenmäher über etwas drüberfährt und überall den gleichen Anteil wegnimmt, dann erreicht man keine vernünftige Prioritätensetzung. Man vermeidet vielleicht Einzelkonflikte, aber effizient muss das nicht zwingend sein.

Wir müssen die Reform nicht nur als Effizienzreform für die Stadt nützen, sondern auch politisch. Die Stadt sollte so viel unternehmerische Kreativität und wirtschaftliche Innovationskraft wie möglich zulassen und massiv unterstützen. Grenzen sollen wirklich nur dort gesetzt werden, wo es der Schutz für den Menschen oder für die Umwelt unbedingt erfordert. Die ÖVP-Fraktion fordert eine Reform für eine absolut fitte Verwaltung in unserer Stadt, die stetig wächst.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die Aufgaben-, Verwaltungs- und Strukturreform im Magistrat werden wir voll mittragen, weil wir der Meinung sind, es ist unbedingt notwendig hier Akzente zu setzen. Akzente setzen dafür, dass die Welser Bevölkerung spürt, die Verwaltung ist für sie da. Akzente setzen dafür, dass man merkt es wird eingespart. Eine Durchleuchtung des Hauses Magistrat

ist notwendig, sinnvoll und zweckmäßig. Die Mitarbeiter leisten gute Arbeit, diese sollen in diesen Prozess eingebunden werden, denn sie können dafür viel beitragen.

Durch die vorgesehene Bürgerbeteiligung werden sehr viele Ideen von den Bürgern eingebracht werden. Diese wissen wo es in der Verwaltung „krankt“ und wo sie einen Verbesserungsbedarf sehen. Die vorgebrachten Argumente oder Kritikpunkte sollten aufgenommen und nach Lösungen gesucht werden.

Die neue Amtsorganisation ist ein wichtiger Bereich. Verschiedene Aufgaben können zusammengeführt und damit eingespart werden. Einsparungen sind möglich. Im Laufe der Zeit wissen die Mitarbeiter des Magistrates, wo Einsparungen möglich sind.

Ich hoffe die beiden ausgewählten Unternehmen machen ihre Arbeit gut, sie erhalten von uns einen gewissen Vertrauensvorschuss. Letztendlich hängt vom Ergebnis ab, was wir alle damit machen wollen, wie wir uns einbringen. Insbesondere soll die Politik gemeinsam schauen daraus das Beste zu machen. Daher ist eine fachliche Begleitung notwendig und sinnvoll. Für uns als Politiker ist jedoch wichtig diese Reformen ernsthaft anzugehen. In diesem Sinne wird die ÖVP-Fraktion dem Antrag zustimmen. Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn auch die SPÖ-Fraktion diesem Antrag zustimmen würde. Wir könnten zeigen, dass der gesamte Gemeinderat hinter diesem Schritt steht und wir gemeinsam die politischen Ziele diskutieren und festlegen könnten.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die breite Unterstützung. Wir diskutierten, wie die anderen Fraktionen am besten eingebunden werden können oder sollen. Der politisch und mit Beamten besetzte Lenkungsausschuss ist durchaus ein geeignetes Gremium, um wichtige Maßnahmen rasch abzuklären und darzustellen, ob etwas umgesetzt werden soll oder nicht.

Natürlich ist es Ziel des Magistrates Leistungen bestmöglich zu erbringen und das Dienstleistungsniveau möglichst hoch zu halten. Das ist zwar ein Ziel, aber es kann immer nur mit den vorhandenen Mitteln erfolgen. Wenn es so weit geht, dass wir Investitionen aus dem ordentlichen Haushalt kaum mehr finanzieren können, dann muss man sich jetzt entscheiden, will man den Leistungslevel so hoch halten oder will man investieren. Beides ist mit dem derzeitigen Finanzrahmen einfach nicht möglich. Das ist der Grund warum wir über diesen Bereich nachdenken müssen. Wir werden zwar versuchen den Leistungslevel möglichst hoch zu halten und hoch zu belassen – zum Teil ist der Leistungslevel in der Stadt Wels bereits jetzt sehr hoch – allerdings eine Strukturreform und einen Einsparungsprozess ohne Einsparung kann es nicht geben. Irgendwo wird man Geld wegnehmen müssen.

Wie hoch das ist, darüber kann man sich ohnehin noch unterhalten oder einigen. Eine Zielvorgabe (ich darf auf den Gemeinderat Hufnagl überleiten) in finanzieller Hinsicht wird sein - es gab bereits erste Gespräche - was man sich hier unter Umständen vorstellen kann. Ich halte es nicht für zielführend für einzelne Dienststellen oder Abteilungen derartige Zahlen festzulegen, weil wenn wir sagen beispielsweise wir brauchen statt acht nur mehr sieben Abteilungen und die Berater kommen zu dem Ergebnis, sechs Abteilungen wären noch besser, dann haben wir uns festgelegt wo ich sage, eigentlich ist das nicht so das Ziel. Die Anzahl der Abteilungen und der Dienststellen ist nicht das Vordringliche worüber man diskutieren sollte, sondern vordringlich wäre Strukturen zu bereinigen, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, weil die Anzahl der Dienststellen und Organisationseinheiten aus meiner Sicht untergeordnete Bedeutung hat.

Bei Kollegin Mag. Mayerhofer bedanke ich mich für die Zustimmung und das Verständnis dafür, dass ein derartiger Prozess eingeleitet und umgesetzt werden muss. Was das Thema Anfragen betrifft, so ist eine Einschränkung weder geplant noch sonst in irgendeiner Weise umgesetzt worden. Es ging mir nur darum zu erläutern, dass Anfragen Geld kosten. Wenn auch nicht unmittelbar eines, das jemand bezahlen muss, aber trotzdem Arbeitskapazitäten damit gebunden werden. Gerade weil es die erste Anfrage ist, erwähnte ich es, weil sehr viele neue

Mitglieder im Gemeinderat sitzen, die diesen Aspekt vielleicht noch nicht so beleuchtet haben, weshalb mir die Mitteilung wichtig war.

Ich bedanke mich bei Dr. Csar für die konstruktive Zusammenarbeit und die Einbringung zahlreicher Vorschläge wie ein derartiger Prozess angegangen werden kann und soll. Zuversichtlich bin ich, dass wir diesen gemeinsam beschrittenen Weg konstruktiv weitergehen können.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)
9 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

7.)

Allgemeine Sparkasse OÖ Bank AG; Ausübung der „Put-Option“
im Rahmen des 4. Nachtrages zum Syndikatsvertrag mit der
Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse
FD-BetM-11-2016

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.03.2016:

Die Ausübung der im 4. Nachtrag zum Syndikatsvertrag vom 12.06.1991 eingeräumten Put-Option gemäß Beilage 2 wird genehmigt.

Die Bestätigung und Abwicklungsvereinbarung zwischen der Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse und der Stadt Wels gemäß Beilage 3 wird genehmigt.

Der Aufhebungsvertrag zum Syndikatsvertrag vom 12.06.1991 samt allen Nachträgen gemäß Beilage 4 wird genehmigt.

Der Bürgermeister der Stadt Wels wird beauftragt und ermächtigt, sämtliche mit der Abwicklung der Ausübung der Put-Option erforderlichen Erfüllungshandlungen durchzuführen und die dazu erforderlichen Dokumente zu unterfertigen bzw. ermächtigt, Vollmacht an SCWP/Herrn Dr. Ernst Chalupsky (Saxinger, Chalupsky & Partner Rechtsanwälte GmbH) zu erteilen.

Vzbgm. Kroiß: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen zwei Zusatzanträge der NEOS vor.

Der erste Zusatzantrag zum Hauptantrag - Ergänzung des Beschlussantrages – lautet:
Der Beschlussantrag im Kapitel 7 des Amtsberichtes „Allgemeine Sparkasse OÖ Bank AG: Ausübung der PUTOPTION im Rahmen des 4. Nachtrages zum Syndikatsvertrag mit der Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse“ (FD-BetM-11-2016) vom 24. März 2016 möge wie folgt ergänzt werden:

- Der Erlös aus der Ausübung der gegenständlichen Put-Option wird zu mindestens 70 % zur Abdeckung von Verbindlichkeiten der Stadt Wels und somit zur Reduktion des Schuldendienstes verwendet.

Der zweite Zusatzantrag zum Hauptantrag - Ergänzung des Beschlussantrages – lautet:
Der Beschlussantrag im Kapitel 7 des Amtsberichtes „Allgemeine Sparkasse OÖ Bank AG: Ausübung der PUTOPTION im Rahmen des 4. Nachtrages zum Syndikatsvertrag mit der

Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse“ (FD-BetM-11-2016) vom 24. März 2016 möge wie folgt ergänzt werden:

- Jener %-Satz des Erlöses aus der Ausübung der Put-Option, welcher nicht zur Schuldentilgung herangezogen wird, darf ausschließlich für infrastrukturelle Maßnahmen verwendet werden.

Ich ersuche beide Zusatzergänzungen in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. Hufnagl: Der Verkauf der Anteile an der Sparkasse ist eine richtige Entscheidung bezogen auf die aktuelle finanzielle Situation der Stadt. Mir wäre es natürlich auch lieber diese Anteile nicht verkaufen zu müssen. Dies deshalb nicht nur, weil die Put-Option nicht mehr verlängert wird, sondern weil wir unsere Schulden bedienen sollten. Eine Unterlassung der Ausübung der Put-Option wäre für mich sträflich. Das sagt auch der Rechnungshof in seinem letzten Bericht. Die Sparkassenanteile bringen der Stadt Wels jährlich 600.000 Euro Dividende, aber der Schuldendienst kostet uns 2016 knapp 6 Mio. Euro. Eine einfache Kopfrechnung zeigt: Verkaufen wir die Anteile, bringt uns das inklusive Wertsicherung ca. 71,8 Mio. Euro. Tilgen wir damit die Schulden komplett bleiben noch Restschulden von 7,3 Mio. Euro. Also 79,1 Mio. Euro Schulden 2016 minus 71,8 Mio. Euro sind 7,3 Mio. Euro. Das bedeutet, dass der Schuldendienst dann von knapp 6 Mio. Euro auf unter 550.000 Euro fallen würde. Somit haben wir eine jährliche Entlastung von ca. 4,8 Mio. Euro, wobei hier die entfallene Dividende schon eingerechnet ist. Dieser Verkauf bringt uns in der Zukunft jährlich einfach Geld.

Ursprünglich herrschte zwischen den Parteien großer Konsens, dass der Verkaufserlös zum überwiegenden Teil zur Schuldentilgung herangezogen wird. Ich höre aber immer mehr Begehrlichkeiten bei manchen Personen. Ich sehe schon die Euro in den Augen glitzern, welche Projekte mit dem Geld verwirklicht werden könnten und mahne nicht wieder kurzfristig zu denken und wieder sofort in irgendwelche Projekte zu investieren. Wenn jetzt jede Partei ein Lieblingsprojekt umsetzt, bleibt wieder nicht viel zur Schuldentilgung. Im Ausschuss war die Rede davon mindestens 50 Mio. Euro zur Schuldentilgung zu verwenden. Das wären ca. 70 % des Verkaufserlöses. Wir NEOS wollen, dass dies nicht nur ein frommer Wunsch ist oder eine lose Vereinbarung, sondern ein verbindlicher und schriftlicher Gemeinderatsbeschluss. Deshalb unser Zusatzantrag, weil wir in diesen Beschluss miteinfließen lassen wollen, dass mindestens 70 % des Verkaufserlöses - diese 70 %-Grenze könnte auch noch erhöht werden - zur Schuldentilgung herangezogen wird. Da hier anscheinend allgemeiner Konsens darüber herrscht, kann es doch kein Problem sein, das hier heute gemeinsam zu beschließen.

Vor der Gemeinderatssitzung stellte ich noch einen zweiten Zusatzantrag, um in keinerlei Gewissenskonflikte zu kommen, wenn einem Antrag zugestimmt werden möchte, dem anderen aber nicht. Der zweite Zusatzantrag lautet: Jener %-Satz des Erlöses aus der Ausübung der Put-Option, welcher nicht zur Schuldentilgung herangezogen wird, darf ausschließlich für infrastrukturelle Maßnahmen verwendet werden. Beschließen wir jetzt diese 70 % zur Schuldentilgung, möchte ich die übriggebliebenen 30 % für infrastrukturelle Maßnahmen, wie für Schulen, Gebäude, Straßen, Parks und die Traunuferrevitalisierung verwenden. Das heißt, für sinnvolle, langfristige Investitionen in Wels für die Bevölkerung. Ich möchte damit irgendwelche direkten oder indirekten Beteiligungen an Unternehmen verhindern und bitte sie diese beiden Zusatzanträge mitzutragen und dafür zu stimmen.

GR. Wildfellner: Es ist heute ein erfreulicher Anlass eine Entscheidung zu treffen, mit der sehr viel Geld lukriert wird. Seit den Wahlen hörten wir, es seien nur Schulden übernommen worden. Mit derselben Inbrunst sollte auch gesagt werden, dass Werte zur Verfügung stehen. Ganz herzlich möchte ich mich bei Herr Bgm. a.D. Karl Bregartner, Vzbgm. a.D. Hermann Wimmer und den Beamten der Finanzdirektion bedanken für ihre Entscheidungskraft und ihren Mut, wodurch dieser Erlös ermöglicht wurde. Wir von der SPÖ hätten gerne neben der Schuldentilgung für die Welser Bevölkerung nachhaltige Investitionen. Investitionen in die

Bildung, in den sozialen Wohnbau durch Kauf von Grundreserven und dergleichen. Vielleicht bleibt noch etwas Geld übrig zum Kauf einer Software zur Bilanzerstellung, bei der nicht nur der Schuldenstand, sondern auch das Vermögen der Stadt, also das Vermögen der Welser Bürger ersichtlich dargestellt werden kann.

GR. Ganzert: Ich möchte auch noch einmal festhalten, dass die betriebene Politik in den 90er-Jahren sehr weitblickend war. Der Bürgermeister bedankte sich bei der Verwaltung, aber es ist die Politik, die dieses Erbe hinterlassen hat, damit wir heute vor einem Paket mit 72 Mio. Euro stehen. Mit diesem Paket haben wir nicht nur die Dividende, das Aktienpaket oder ein Mitspracherecht im Aufsichtsrat der Allgemeinen Sparkasse, sondern auch eine enge und strategische Partnerschaft. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, dem wird auffallen: erst vor wenigen Wochen war die Sparkassen-Filialeröffnung im Welser Stadtteil Noitzmühle. Außerdem gibt es vor allem im Sport-, Kultur- und Sozialbereich ein sehr starkes Sponsoring- und Subventionsengagement von Seiten der Sparkasse. Hier ergeht der klare Auftrag an den Herrn Bürgermeister in Bezug auf die Verhandlungen, das entsprechend abzusichern. Sehr viele Vereine in unserer Stadt leben von der Partnerschaft der Sparkasse. Diese muss aufrecht erhalten bleiben.

Zu den beiden Zusatzanträgen von GR. Hufnagl steht es außer Frage, dass alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sich dazu bekennen den Löwenanteil dieses Verkaufserlöses für die Schuldentilgung unserer Stadt einzusetzen. Nicht richtig finde ich eine taxative Aufteilung nach genauen Prozenten vorzunehmen. Hier bedarf es eines weiteren Spielraumes und weiterer Verhandlungen. Der Löwenanteil muss in die Schuldentilgung gehen, aber für den Rest müssen Projekte überlegt werden.

Kollegin Wildfellner sprach die Bildung an. Da spreche ich vom Bildungscampus Wels-West, von einer neuen, längst überfälligen Volksschule. Das haben sich die Bewohner – vor allem die Kinder und Schüler – verdient. Es geht um Infrastrukturprojekte, um Grundsicherung, um arbeitsplatzsichernde Maßnahme und um leistbares Wohnen. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir noch genug Zeit finden gemeinsam mit allen Fraktionen zu verhandeln, um das Geld entsprechend nachhaltig und verantwortungsvoll auszugeben. Die SPÖ-Fraktion wird aus wirtschaftlichen- und finanziellen Gründen diesem Antrag zustimmen.

StR. Lehner: Als Stadt Wels haben wir mit dieser Put-Option eine hervorragende Situation. Wir haben einen Wert an einer Gesellschaft, der sogar indexabgesichert ist und das ist im wirtschaftlichen Umfeld etwas ganz besonderes. Speziell wenn es darum geht wertgesicherte Anteile an einer Bank zu haben, muss nochmal ein Dank an die Vorgänger in der Politik und in der Verwaltung ausgesprochen werden. In den Verhandlungen bemerkte ich, es ist jetzt der letztmögliche Zeitpunkt aus dieser Situation mit Gewinn auszusteigen, diese Put-Option nicht mehr zu verlängern, dieses Geld für die Welser zu lukrieren und im wesentlichen Teil damit Schulden zu reduzieren. Das müssen wir tun, hier haben wir einen klaren Auftrag. Die Schulden wurden in den letzten Jahren massiv aufgebaut. Jetzt haben wir die Chance Schulden zu tilgen und wichtige, notwendige Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen.

Uns in Prozentsätzen oder in Projekten festzulegen, ist nicht Sinn der heutigen Beschlussfassung. Es braucht eine ganz klare Planung, denn wenn wir das machen würden, hätten wir in Wirklichkeit schon im Dezember des letzten Jahres diese Put-Option ziehen können. Wir hätten im Wahlkampf intensiv über die Verteilung des Geldes gestritten. Wir wollen dieses Geld nicht verteilen. Wir wollen als Politik handlungsfähiger werden, für die Welser die richtigen Investitionen tätigen und die Zinsenlast reduzieren. Das sind unsere zu tätigen Aufgaben und daher bin ich froh, dass wir diese Put-Option jetzt ziehen, damit Geld in die Stadtkasse bringen und zukünftig noch viel besser und strategischer mit unseren Geldmitteln umgehen zu können, um hier zukunftsfit zu werden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wie zu erwarten wird jetzt diese Put-Option gezogen und der verbliebene Anteil an der Sparkasse von der Stadt Wels verkauft. Ich kann in diesem Zusammenhang die

uns hier entgegenschwebende Begeisterung nicht verstehen, die sich darauf anscheinend begründet, dass dadurch Geld hereinkommt. Dieses Geld ist aber kein Geschenk, das uns jemand macht, das der Stadt Wels dargeboten wird, sondern wir verkaufen ein Stück unseres Vermögens, ein Stück Familiensilber aus einer schon ziemlich leeren Vitrine. Es ist eine der letzten Möglichkeiten durch den Verkauf von Vermögen tatsächlich das Budget zu sanieren. Wir wiesen in den letzten Jahren bezüglich des Budgets immer wieder darauf hin, dass es notwendig sein wird diese Sparkassenanteile zu verkaufen, um die Auswirkungen der Budgetpolitik der letzten Jahre aufzufangen und die Schulden abzubauen. Somit ist das, was wir hier und heute machen richtig. Richtig aber nur dann, wenn wir dieses Geld tatsächlich zum überwiegenden Teil für den Schuldenabbau verwenden.

Es wundert mich, dass im Ausschuss darüber Übereinkunft erzielt wurde ca. 50 Mio. Euro für den Schuldenabbau zu verwenden. Jetzt liegt aber ein Antrag vor, in dem das nicht festgehalten ist. Vom Kollegen Ganzert wurde angeführt, sich einen gewissen Spielraum zu eröffnen bzw. vom Kollegen Lehner sich nicht festlegen zu wollen, was mit diesem Geld geschehen soll. Wenn wir wieder nicht die Absicht haben das Budget zu konsolidieren – bei einer der letzten Chancen, die wir haben – dann stimmen wir diesem Verkauf sicher nicht zu. Wir sollten auch der Bevölkerung gegenüber so ehrlich sein zu sagen, was wir damit vorhaben. Wenn die Rede ist, mindestens 70 % für die Schuldentilgung aufbringen zu wollen, dann soll das auch schriftlich festgemacht werden, denn sonst verschwindet das Geld wieder in irgendwelchen schwarzen Löchern, die dann Spielraum oder Nichtfestlegung heißen. Es wird hier und dort sicherlich Geld gebraucht, aber die Schuldentilgung muss im Vordergrund stehen. Deshalb halten wir es für gut und richtig, dass NEOS-Gemeinderat Hufnagl diese beiden Zusatzanträge einbrachte und wir würden sehr gerne dem Hauptantrag und diesen beiden Zusatzanträgen zustimmen. Sollten die Zusatzanträge allerdings unter den Tisch fallen und nicht ganz klar sein was mit diesen 72 Mio. Euro passiert, werden wir dem Verkauf und dem Ziehen der Put-Option unsere Zustimmung verweigern.

GR. Mag. Parzmayr: Es verwundert mich etwas von den GRÜNEN zu hören, dass der Verkauf von Familiensilber grundsätzlich nicht so gut sei, jetzt ist es wirtschaftlich vielleicht doch nicht so schlecht. Ist es gescheit, jetzt zu verkaufen? Aber wenn ihr uns vorher nicht sagt, was wir damit tun, machen wir es doch nicht. Das heißt, sie nehmen sehenden Auges einen wirtschaftlichen Verlust für die Stadt Wels in Kauf. Wir wollen das nicht! Wir sind ganz klar der Meinung, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, diese Anteile zu verkaufen. Selbst wenn ich dadurch ein Stück Eigentum verliere, so kann ich es jetzt zu einem Preis verkaufen, den ich später nicht mehr dafür erzielen kann.

Zwischenruf GR. Prof. Mag. Teubl: Dass die Schuldenpolitik weitergeht!

GR. Mag. Parzmayr: Das hat mit dem Verkauf der Anteile per se nichts zu tun. Wenn ich ein Haus besitze im Wert von 1 Mio. Euro und jemand bietet mir dafür 2 Mio. Euro, dann werde ich es verkaufen, auch wenn ich dann weitere Ausgaben für die Stadt habe bzw. dieses Haus nicht mehr vermieten könnte. Es ist wirtschaftlich sinnvoll es jetzt zu verkaufen, weil ich mehr lukriere. Ich möchte das nicht an irgendwelche Zusatzanträge koppeln, nur wenn die nicht angenommen werden, stimmen wir dem Verkauf auch nicht zu.

Der Bürgermeister bedankte sich bereits bei seinem Vor- bzw. Vor-Vorgänger für diese vorausschauende Politik. Das war sicher sehr gut, denn dieses Geld können wir jetzt natürlich brauchen und sind der Meinung, dass ein großer Teil davon für die Schuldentilgung hergenommen werden soll. Wir sind gegen das Aufzwängen eines Korsetts, um uns festzulegen, wie viel genau wird für was verwendet und welche Infrastrukturmaßnahmen unterstützen wir und welche nicht. Zukünftige Projekte müssen ohnehin im Gemeinderat beschlossen werden und können wir uns dann trefflich darüber unterhalten, wofür wir das Geld verwenden, aber erst dann, wenn wir es auch haben.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte noch ein paar Fakten hinzufügen. Ich und viele andere in meiner Fraktion sind über den Verkauf nicht glücklich. Wir haben uns diese Entscheidung im Vorfeld nicht leicht gemacht, aber diese Option ist ohne Schaden für die Stadt hervorzurufen, denn die Nichtziehung würde einen wirtschaftlichen Schaden bedeuten. In den allen zugegangenen Unterlagen ist aus dem Rechtsgutachten ersichtlich, dass wir ansonsten viele der Stadt verfügbare Mio. Euro einfach wegwerfen würden.

Zwischen 2008 und heute war die größte Wirtschaftskrise seit 1929. Wir entschieden uns im Gemeinderat gemeinsam große Investitionen zu tätigen. Wir investierten zum Beispiel in Messehallen. Die gerade stattgefundene Blumen- und Gartenmesse war hervorragend und gut besucht. Der Welser Messestandort ist mittlerweile der Messestandort in Österreich. Das wäre ohne unsere gemeinsam beschlossenen Investitionen nicht möglich gewesen. Es wurde gerade das Alten- und Pflegeheim Noitzmühle fertiggestellt. Für Menschen im Alter finden wir eine hohe Qualität in der Pflege. Mit diesem Alten- und Pflegeheim wurde ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Qualität in unserer Stadt geleistet. Durch die Eröffnung einer neuen Schule geben wir den Lehrern die Möglichkeit eine hervorragende Arbeit zu leisten - mit all den vorhandenen Problemen.

Ein wesentlicher Erfolg dieser großen Investitionsquote ist und war die Auftragslage für die Bauwirtschaft, für die Zulieferbetriebe und für die einzelnen Betriebe - vorwiegend einheimische Betriebe. Wir nahmen dadurch einen direkten Einfluss auf die Arbeitsmarktsituation in der Stadt Wels. Auch die eww ag hat von den Aufträgen profitiert. Ich würde dafür plädieren, in der Diskussion die Auswirkungen einer Betriebswirtschaft und die einer Volkswirtschaft etwas feiner auseinanderzuhalten.

Es erfasst mich nicht mit Freude, dass es unter diesen Bedingungen notwendig ist, diese Option zu ziehen. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, im Bereich der Investitionen sind viele Dinge Zukunftsprojekte. Sollten Zukunftsprojekte nicht doch so schnell wie möglich umgesetzt werden, damit wir die Bedingungen beispielweise beim Campus Wels-West für die Schüler, die Eltern, Großeltern und die Lehrer verbessern?

GR. Hufnagl: Ich möchte auf die Ausführungen von Herrn Mag. Parzmayr replizieren. Der Vergleich mit dem Hausverkauf ist Blödsinn. Wenn sie ein Haus um 2 Mio. Euro verkaufen und sie haben Schulden, dann werden sie mit dem Erlös des Verkaufes die Schulden tilgen und sich nicht einen Porsche kaufen. Vor allem werden sie das tun, wenn sie sonst nichts mehr zum Verkaufen haben. Wie gesagt, wir haben sonst nichts mehr zum Verkaufen und in ihrem Fall wird die Bank schauen, dass sie ihre Schulden tilgen und sich nicht einen Porsche kaufen.

Im Herbst wurde mir eine All-Parteien-Übereinkunft über gewisse Dinge – ein außer Streit stellen von gewissen Themen – vorgelegt. Darauf stand unter anderem: Sollten die Sparkassenanteile verkauft werden, so wird der überwiegende Teil (der Betrag ist angeführt) zur Schuldentilgung herangezogen werden. Steht die FPÖ-Fraktion jetzt nicht zu ihren eigenen Vorschlägen? Es kann doch nicht so schwer sein, das schon einmal Gesagte auch niederzuschreiben. Sonst müssen wir in ein paar Jahren erklären, warum wir jetzt nicht unsere Schulden tilgten. Das kann es nicht sein und ich bin darüber sehr verwundert.

Bgm. Dr. Rabl: Richtig ist, Herr Hufnagl, es gibt eine derartige Außerstreitstellungsagenda, in der konkret angeführt ist, wie viel zur Schuldentilgung, wie viel für Investitionen und wie viel für einen allfälligen Beteiligungskauf einer Tochter verwendet werden soll. Für die Schuldentilgung sind das konkret ca. 50 Mio. Euro, für die Investitionen ca. 10 Mio. Euro und für einen Beteiligungskauf ca. 10 bis 15 Mio. Euro. Das haben alle Parteien unterschrieben und ich gehe davon aus, dass sich alle Parteien daran halten werden. Ob das jetzt 50,3 Mio. oder 48,9 Mio. Euro sind ist noch schwer zu sagen, weshalb wir eine Circa-Zahl hineinschrieben, weil es mehrere Kredite in unterschiedlicher Höhe gibt. Dr. Barth muss sich ansehen, welche davon vordringlich zu tilgen sind, was wiederum davon abhängt, wie viele Zinsen wir für die jeweiligen

Kredite bezahlen. Wir werden nicht den billigen Kredit tilgen und den teuren behalten. Auch da achten wir streng darauf wirtschaftlich vorzugehen.

Ein weiterer Aspekt liegt darin, dass wir für im Gemeinderat bereits beschlossene und budgetierte Vorhaben Kredite aufnehmen müssten. Es ist sinnlos, wenn ich das Geld cash am Konto liegen habe einen Kredit aufzunehmen, andererseits das Geld zu behalten und andere Kredite zurückzubezahlen. Da werden wir das vorhandene Geld nehmen und nicht damit Kredite zurückzahlen. Deshalb werden wahrscheinlich nicht 50 Mio. Euro der Schuldentilgung zufließen, sondern wir werden damit bereits beschlossene Investitionen, für die wir Schulden aufnehmen müssen, im Voraus bezahlen. Die Autobahnabfahrt Wimpassing kostet 6 Mio. Euro. Sollte es im Herbst verwirklicht werden, werden wir nicht einen Kredit über 6 Mio. Euro aufnehmen, sondern gleich die 6 Mio. Euro von den 70 Mio. Euro nehmen, damit wir hier eine sinnvolle Regelung haben. Es ist daher nicht so leicht zu sagen, wir tilgen um 50 Mio. Euro Schulden, wenn wir für die nächsten Vorhaben wieder 6 Mio. Euro aufnehmen müssen.

Ganz so leicht ist die Finanzpolitik leider nicht. Deshalb müssen wir das berücksichtigen und deshalb ist es richtig, jetzt noch keinen derartigen Beschluss zu fassen. Wir wissen nicht, welche Investitionen dieses Jahr auf uns zukommen. Dr. Barth beschäftigte sich eingehend damit, was voraussichtlich dieses Jahr umgesetzt wird. Wir wissen es zum Teil auch nicht, weil wir von Dritten abhängig sind. Beispielsweise bearbeiten wir das Parkhaus mit den ÖBB gemeinsam schon drei Jahre und gehen von einem Baubeginn irgendwann im Jahr 2017 aus. Will die ÖBB aber schon im Jahre 2016 mit dem Bau beginnen, wird das Geld früher fällig. Das alles ist nicht so einfach abzuwägen und wir tilgen einfach die Schulden. Wir müssen uns ganz genau anschauen welche Kredite werden getilgt, welche beschlossenen Vorhaben werden umgesetzt, für die wir Schulden aufnehmen müssten und sich schon in der Gesamtschuldenberechnung befinden oder sollen wir aufgrund des vorhandenen Geldes keinen Kredit aufnehmen. Es weiß jeder, dass das Geld auf der Bank liegen zu lassen das schlechteste vorstellbare Investment ist. Bevor ich Geld auf der Bank liegen lasse, baue ich Schulen damit, weil das wenigstens etwas bringt.

Es handelt sich also um keine so einfache Entscheidung, wie es aussieht. In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Korrektur anbringen. Wenn wir tatsächlich 50 Mio. Euro für die Schuldentilgung verwenden, dann haben wir noch weitere 50 Mio. Euro. In diesem Schuldenstand sind die bereits beschlossenen Investitionen nicht enthalten, welche aber noch zu bedecken sind und für die schon Darlehensbeschlüsse gefasst wurden. Die Darlehen wurden noch nicht aufgenommen, weil mit den Investitionen noch nicht begonnen wurde. Insofern ist die von ihnen genannte Verschuldenszahl der Höhe nach nicht richtig. Es werden uns nach Tilgung aller Schulden bzw. Tilgung dieser 50 Mio. Euro noch erhebliche Schulden (zwischen 40 und 50 Mio. Euro) bleiben und die Schuldentilgung wird sich tatsächlich nicht von 6 Mio. Euro auf die von ihnen genannten 2 Mio. Euro reduzieren, sondern um 2 Mio. Euro auf vorsichtig angenommene 4 Mio. Euro. Das hängt vom Zinssatz und verschiedenen anderen Dingen ab. Ich ersuche das noch in die Diskussion miteinzubeziehen, wenn es um die Abstimmung des Zusatzantrages geht, denn es bedarf noch weiterer Untersuchungen zur Klärung der Frage was wir machen und was wir tilgen.

GR. Haböck: Zuerst gebe ich Kollegen Mag. Parzmayr Recht in Bezug auf die Ziehung der Put-Option, denn alles andere wäre höchst fahrlässig und wirtschaftlich absolut falsch. Ich möchte einige Diskussionspunkte gerade rücken. Es wird von Seiten der GRÜNEN und auch von den Sozialdemokraten auf allen Ebenen bei dem Verkauf von Anteilen an stadt-eigenen Unternehmen immer davon gesprochen, dass es sich dabei um unser Familiensilber, unseren Anteil handelt, der den Bürgern gehört. Abgesehen davon, dass diese Anteile oft mit Steuergeld gekauft wurden, muss gesagt werden, dass sich die Stadt Wels bzw. alle öffentlichen Gebietskörperschaften sich ja nicht nur durch diese Verkäufe finanzieren. Sondern deren zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind das, was sie den Bürgern und Unternehmen zwangsweise abpresst. Das sind jedes Jahr Milliarden Euro und diese 210 Mio. Euro, die die Stadt Wels als Budget zur Verfügung hat, ist kein Geld, das auf Bäumen wächst, uns jemand

schenkt oder am freien Markt erwirtschaftet wird. Sondern die von ihnen allen jedes Monat entrichtete Steuern und Gebühren. Es wird hier so getan, als ob wir unbedingt die Anteile benötigen, weil die Stadt Wels sonst kein Geld hat. Wir bekommen jedes Jahr Steuergeld seitens des Bundes über die Bundesfinanzierungsanteile. Wenn die Stadt Wels mit 210 Mio. Euro jedes Jahr nicht auskommt, haben wir sowieso ein Problem. Es muss jetzt in die Schuldentilgung und in neue Zukunftsprojekte investiert werden.

Kollege Mag. Teubl sagt, wir brauchen das Familiensilber, so sage ich: Nein, wir müssen mit dem Geld auskommen. Wir verkaufen diese Anteile, tilgen die Schulden und dann muss die Stadt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen. Das muss die Politik endlich einmal kapiert und das sind wir den Steuerzahlern auch schuldig. Es ist keine Notwendigkeit gegeben, diese Anteile zu behalten. Es wäre außerdem eine wirtschaftliche Fehlentscheidung diese Anteile nicht zu verkaufen. Wir als ÖVP-Fraktion werden auf alle Fälle zustimmen und dann wird entschieden, wozu das Geld einerseits verwendet wird und andererseits in welcher Höhe die Schulden zurückbezahlt werden.

GR. Mag. Mayerhofer: Der bisherige Diskussionsverlauf zeigt, dass es sehr wohl ein ganz entscheidendes Thema ist, was mit diesen 72 Mio. Euro passiert, die die Stadt durch das Ziehen der Put-Option jetzt erhält. Für uns wäre es wünschenswert gewesen, wenn diese Entscheidung heute mit dem Verkauf der Put-Option gleichzeitig verbunden ist mit einer klaren Festlegung darüber, was mit dem Geld geschehen soll. Ich halte es für wichtig, nicht nur die Schuldentrückzahlung voranzutreiben, sondern wir müssen uns die Zukunftsprojekte, die Leuchtturmprojekte für unsere Stadt für die nächsten Jahre und Jahrzehnte überlegen, die wir dann auch finanzieren können. Ein Zukunftsprojekt könnte beispielsweise die Neugestaltung des KJ mit den Plänen des Zukunftshauses gemeinsam mit den Bürgern sein. Auch solche Projekte sollten überlegt werden, denn Zukunftsprojekte sind solche Dinge und nicht unbedingt ein Autobahnanschluss.

Diese Diskussion zeigt mir, wie wichtig der vorherige Tagesordnungspunkt war (Strukturreform), um uns in Zukunft wieder einen größeren Spielraum zu ermöglichen.

GR. Schönberger: Nachdem wir jetzt die Put-Option ziehen werden und ein doch relativ großer Schuldenschnitt in der Stadt Wels gemacht wird, wäre das ein guter Anlass, um die Eröffnungsbilanz, die den Gemeinden auferlegt wurde bis 2020, vorzuziehen. Es steht nicht im Gesetz, dass diese nicht vorgezogen werden darf. Diese sagt den Bürgern, wie groß ihr Kapital pro Kopf in Wels ist, denn wir hören immer nur von den Schulden, aber sie wissen nicht, was jedem Bürger in der Stadt Wels gehört. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um diese Eröffnungsbilanz zu starten. Nachdem sie im vorhergehenden Punkt nach sehr wirtschaftlichen Kriterien den Magistrat durch zwei Firmen prüfen lassen, wäre das ein sehr logischer schneller Schritt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich melde mich noch einmal zu Wort, um ein paar ausgesprochene Dinge zu korrigieren. Der Herr Bürgermeister sagte, dass Schuldentilgung offensichtlich dasselbe ist, wie die Finanzierung künftiger Ausgaben - das ist „völliger Topfen“. Schuldentilgung heißt Abbau von bestehenden Schulden und nicht das Geld dafür zu verwenden, um neue Projekte zu finanzieren und damit neue Darlehen zu vermeiden. Dann ist es nämlich keine Schuldentilgung. Die Schulden müssen am Ende des Jahres um 50 Mio. Euro weniger sein als im Haushalt geplant. Wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir die Bevölkerung hier betrogen.

Das vom Kollegen Haböck Gesagte ist kein Topfen, denn Topfen ist zumindest genießbar und das vom ihm Gesagte ist ungenießbar. Niemand will Familiensilber anhäufen, denn die Ausstattung einer Silberkammer war die Aufgabe von Adelshäusern früherer Zeiten, aber das ist nicht der Sinn einer Stadt. Natürlich können wir diese Sparkassenanteile verkaufen und natürlich ist es sinnvoll, sie unter diesen Umständen zu verkaufen. Aber nur wenn wir damit etwas Sinnvolles machen. Um das geht es doch und um darauf einzugehen blieb offensichtlich keine Zeit. Was ist nun sinnvoll? Im Laufe der Geschichte mussten wir immer wieder dieses

Familiensilber angreifen, um überhöhte Schulden abzubauen. Ich gehe davon, dass die Budgetpolitik in Zukunft um so vieles besser sein wird, dass das nie wieder notwendig ist. Davon bin ich nicht so überzeugt, aber nehmen wir es einmal an. Es sollte dennoch darum gehen, mit diesem letzten Stück aus der Silbersammlung die vorhandenen Schulden abzubauen, damit wir nicht das Budget damit belasten.

Es geht darum, was wir mit diesem Geld machen. 70 % davon für den Schuldenabbau zu verwenden, heißt nicht, 100 % dafür zu verwenden. Diese 30 % sind immer noch ca. 22 Mio. Euro, die sehr wohl für Projekte verwendet werden können in dieser Stadt. Es sollten Projekte sein, die sich materialisieren, die bleiben und nicht nach einem Jahr vergessen und vertan sind. In Schulen und andere infrastrukturelle Maßnahmen zu investieren halte ich sehr wohl für sinnvoll. Von vornherein zu sagen, wir wollen uns beim Schuldenabbau nicht festlegen, wir wollen uns das offen halten, einen Spielraum haben, erweckt den Eindruck, möglichst viel davon wieder ausgeben zu wollen, um in der Bevölkerung gut dazustehen und die Schuldenpolitik weiter zu betreiben. Das wollen wir einfach nicht! Wir glauben, es ist jetzt der Zeitpunkt damit Schluss zu machen. Dann machen wir diese Eröffnungsbilanz, damit die Welsler sehen, dass sie ohnehin reich sind und dass es ihnen gut geht. Aber momentan kann das nicht gesagt werden. Diese Put-Option zu ziehen ist eine Chance die Schulden tatsächlich zu verringern und so einer Budgetpolitik den Boden zu bereiten, der zukunftsfähig ist.

GR. Wiesinger: Ich hatte nicht vor mich zu melden und werde mich auch nicht auf das Niveau des Kollegen Mag. Teubl herunterlassen. Herr Mag. Teubl, sie sitzen schon sehr lange im Gemeinderat, haben sehr oft dem Budget zugestimmt und müssten so gemerkt haben, dass wir in den letzten Jahren ständig Geld aufnehmen mussten, um investieren zu können. Also stimmt der Vergleich sehr wohl, dass wir Geld aufnehmen müssen, um Investitionen tätigen zu können. Jedes Jahr erwirtschaftet die Stadt Wels de facto ein Minus. Deshalb ist dieser heutige Beschluss zur Ziehung der Put-Option sehr wichtig. Ich verstehe die ganze Diskussion nicht, denn wenn ich der SPÖ-Fraktion zuhöre, glaube ich, wir verkaufen 100 Prozent und es werden irgendwelche Projekte genannt. Es geht heute nur darum, den Verkauf zu beschließen und nicht darum, was wir mit dem Geld machen.

Kollege Hufnagel stellte einen Zusatzantrag und stellte bei der Begründung im Grunde den Antrag schon wieder in Frage. Sie sagten, sie wollen 50 Mio., es können aber auch 60 Mio. oder 70 Mio. Euro sein. Beschließen wir nun 50 Mio. Euro mit einem aufrechten Gemeinderatsbeschluss und kommen dann drauf, dass wir 55 Mio. Euro brauchen, benötigen wir wieder einen Beschluss. Zum Thema Infrastruktur stellt sich die nächste Frage: Was ist Infrastruktur? Laut Internet fällt darunter sehr vieles. Zur klassischen Infrastruktur zählen der Kanal, die Straße und die gesamten Leitungen. Zur Infrastruktur im weitesten Sinne zählen die Gebäude. Es gibt auch eine soziale Infrastruktur. Natürlich wird das Geld, wenn wir etwas investieren, in die Infrastruktur investiert. Ich brauche dann aber keinen Antrag, wenn sowieso in die Infrastruktur investiert wird.

Liebe Kollegen, beschließen wir bitte heute den Verkauf und reden dann in den Gremien darüber. Es müssen die Schuldentilgung, eine eventuelle neue Beteiligung und selbstverständlich jedes einzelne Projekt im Gemeinderat beschlossen werden. Ich glaube, wir sind uns alle einig über die Ziehung der Put-Option und dass wir einen überwiegenden Teil zu Schuldentilgung verwenden wollen. Diskutieren wir bitte dann die Projekte, wenn sie auch anstehen.

GR. Ganzert: Ich möchte kurz zur Ehrenrettung des Fraktionsvorsitzenden Mag. Parzmayr kommen. Der Vergleich mit dem Haus war nicht der allerbeste. Herr Hufnagl sprach es an und meinte, dass das überhaupt nicht geht. Sie präsentierten uns vorhin schon eine Menge Zahlen zum Sparkassenverkauf. Aktuell hat das Paket einen Wert von 72 Mio. Euro, wobei die jährliche Dividende aktuell bei 600.000 Euro liegt. 72 dividiert durch 600.000 ergibt 120 Jahre. Voriges Jahr feierten wir 50 Jahre Statut Wels.

Wenn es keinen Verkaufsdruck gibt, dann ist für uns nicht die erste Maßnahme diese strategische Beteiligung - die ja mehr ist als nur der Wert, den sie am Papier fiktiv bis zur Ziehung hat - umzusetzen, sondern damit auch strategisch umzugehen. Es ist Herrn Vzbgm. a.D. Hermann Wimmer 2014 noch einmal gelungen in der 4. Auflage den Syndikatsvertrag entsprechend abzuändern und das Ganze über den Wahlkampf hinaus zu retten. Jetzt kann sich ein neues Team in einer neuen Periode damit auseinandersetzen. Ich finde es hat auch Platz im Gemeinderat zumindest anzudeuten und zu sagen, was wir in Zukunft mit diesem Geld machen wollen. Sich hier taxativ auf Prozentsätze festzulegen, sind Dinge, wo wir als politische Verantwortungsträger einen gewissen Spielraum benötigen.

Frau Mag. Mayerhofer sprach mir ein bisschen aus der Seele bei Projekten, die zu verwirklichen sind. Es sollte aber der Hauptantrag im Vordergrund stehen. Es geht hier nicht darum, ob ich dem ersten oder zweiten Zusatzantrag zustimme, sondern es gibt hier einen Sachantrag, Sachzwänge und wirtschaftliche Zwänge, die uns als Sozialdemokratische Fraktion zu diesem Abstimmungsverhältnis verpflichten. Ich würde mich über eine einstimmige Abstimmung sehr freuen, weil das ein sehr wichtiger und großer Schritt für unsere Stadt ist.

Bgm. Dr. Rabl: Bedanken sollten wir uns auch bei unserem Bürgermeister Dr. Gross, der 1861 die Sparkasse begründete. Er ermöglichte damit jetzt diese Sparkassenanteile verkaufen zu können. Ein großer Ehrenbürger unserer Stadt und belohnt durch die entsprechende Benennung einer Straße.

Sehr geehrter Herr Mag. Teubl! Ich habe mir jetzt noch einmal von Dr. Barth die konkreten Zahlen geben lassen. Aus bereits beschlossenen Projekten der Stadt ergeben sich Abrechnungsreste - weil wir noch nicht alles bestellt haben – von 17 Mio. Euro. Dafür nahmen wir noch keine Darlehen auf. Wir wissen aber, wenn diese Rechnungen kommen, müssen wir Darlehen aufnehmen. Es spricht nichts dagegen viel Geld auf der Bank zu haben und keine Darlehen aufzunehmen, sondern das Geld von der Bank zu nehmen und die Rechnungen zu bezahlen. Ich habe damit nicht die Schulden reduziert, weil ich noch keine Schulden hatte. Ihnen folgend kann ich 17 Mio. Euro als Darlehen aufnehmen, dann tilge ich mit diesen 17 Mio. Euro auf der Bank die 17 Mio. Euro, die ich als Darlehen aufgenommen habe. Damit habe ich - damit ich die Bevölkerung nicht betrüge – 17 Mio. Euro Schulden getilgt. Dass das in der Wirtschaft nicht ganz praktisch ist, muss auch ihnen hoffentlich klar sein.

Für 2016 beschlossen wir 15 Mio. Euro Darlehensaufnahme und für 2017 8 Mio. Euro. Das heißt, nur aus Abrechnungsresten und nur aus bereits beschlossenen Darlehen resultieren 40 Mio. Euro. Wenn ich nur diesen Betrag bezahle, bleiben nur 10 Mio. Euro für die Schuldentilgung. Ich möchte nicht, dass es dann heißt, ich hätte die Schulden nur um 10 Mio. Euro getilgt, aber insgesamt sind 50 Mio. Euro in diesen Bereich hineingeflossen. Das muss uns in diesem Zusammenhang schon klar sein.

Was soll mit diesem Geld nun passieren, Frau Kollegin Mag. Mayerhofer? Ich fasse zusammen, was wir hörten: StR. Reindl-Schwaighofer will eine Schule Noitzmühle. Ein berechtigtes, für 2019 budgetiertes Anliegen mit Kosten von 8 bis 9 Mio. Euro. Die KJ-Sanierung kostet 6 bis 7 Mio. Euro und die Traunufersanierung ca. 4 Mio. Euro. Das sind 20 Mio. Euro, wo wir nur 10 Mio. Euro zur Verfügung haben. Wir sollen jetzt in einer oder zwei Wochen entscheiden, welche Projekte wir tatsächlich angehen. Wie soll das funktionieren? Sobald ich ein Projekt für einen späteren Zeitpunkt vorschlage, kommt es zu einem Streit und wir werden uns nicht einig. Wenn ich die Fraktionen frage, welche Projekte sollen rasch umgesetzt werden, werden dreißig angeführt mit einem Investitionsvolumen von 150 Mio. Euro. Es ist daher eine unrealistische Vorgangsweise hier im Gemeinderat in einem Monat zu entscheiden, welche konkreten Projekte wir mit diesen 10 Mio. Euro angehen. Das ist doch völlig unrealistisch. Jeder, der weiß, wie man Investitionen tätigt, weiß auch, dass eine Entscheidungsfindung in diesem Bereich und mit diesem Betrag nicht so schnell geht.

Lieber Johnny, du hast völlig Recht damit, dass der wirtschaftliche Schaden bei Nicht-Ziehung der Put-Option bei 30 Mio. Euro liegt. Ich möchte betonen, dass die Investition in die Schule wichtig ist, aber eine schöne Schule macht noch keine besseren Schüler. Es wird mehr dafür erforderlich sein, als nur in ein Gebäude zu investieren. Wir müssen uns sehr genau überlegen, was konkret gemacht werden soll.

Die Vorziehung der Eröffnungsbilanz wäre eine gute Idee, wenn wir dazu schon die rechtlichen Grundlagen hätten. Wenn beispielsweise als Vermögenswert der Stadt Wels das Welios bewertet wird, welches um 20 Mio. Euro errichtet wurde, möchte ich wissen, wie wir das als Negativ- oder Aktivposten in der Bilanz darstellen. Auch beim Rathaus ist die Bewertung fraglich, da bei dessen Verkauf wir nie die tatsächlich investierten Kosten hereinbringen würden. Das Finanzministerium weiß hier selbst noch keine Lösung des Problems. Wir wären froh die entsprechenden Erlässe zu bekommen, um zu wissen, wie konkrete Bewertungen aussehen.

In dieser Außerstreitstellung steht: 50 Mio. Euro für Schuldentilgung, 10 Mio. Euro für Investitionen und ungefähr 12 Mio. Euro führen wir den Rücklagen zu für den Fall, dass die eww ag oder eine andere Tochtergesellschaft sich beteiligt. Wir möchten so zukunftsweisend sein wie Dr. Gross und wenn wir eine Gelegenheit haben ein Wirtschaftsunternehmen zu erwerben, welches nachhaltig Gewinne erwirtschaftet und expansiv ist, dann würde ich mich freuen, wenn in 150 Jahren jemand sagt: Die waren auch sehr weit vorausdenkend und haben es geschafft, deswegen können wir uns jetzt bestimmte Dinge leisten. Auch das ist eine verantwortungsvolle Politik, einen Teil dieses Geldes in allfällige Beteiligungen zu investieren. Es ist eine große Aufgabe heute diesen Beschluss zu fassen und es liegt an uns verantwortungsvoll mit diesem Geld umzugehen.

Der erste Zusatzantrag der NEOS (Anlage 9) wird mit

2 Ja-Stimmen (NEOS, Mag. Teubl)
gegen 29 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, Mag. Mayerhofer)
abgelehnt.

Der zweite Zusatzantrag der NEOS (Anlage 10) wird mit

2 Ja-Stimmen (NEOS, Mag. Teubl)
gegen 29 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, Mag. Mayerhofer)
abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 8) wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS,
Mag. Mayerhofer)
gegen 1 Stimmenthaltung (Mag. Teubl)
angenommen.

GR. Mag. Simunovic und GR. Zaunmüller sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für die Ferienaktion 2016 festgelegt werden (Tarifordnung – Ferienaktion 2016)
SOJ-J-123-2016

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 29.03.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Tarifordnung für die Ferienaktion 2016 beschließen.

GR. Stojanovic, BSc: Neun Wochen Ferien stellen für viele Familien eine große Herausforderung dar. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Stadt Wels dieses Thema aufgriff und nun bereits zum 32. Mal die Sommerferienaktion für Kinder und Jugendliche veranstaltet. Die Ferienaktion bietet eine große Anzahl an Möglichkeiten zu sinnvollen Freizeitgestaltungen in den Sommerferien. Da dieses Angebot großen Anklang findet, bin ich dem Team der Dienststelle Jugend sehr dankbar für die tolle Organisation und für die Erweiterungen des Programmes. Ich finde es großartig, dass Kindern und Jugendlichen dadurch die Möglichkeit gegeben wird auch andere Unternehmungen zu machen. Nicht nur Sport und Abenteuer, sondern auch die Einbindung der Tierwelt in das Ferienprogramm versprechen mehr als nur ein paar Stunden Beschäftigung. Erwähnen möchte ich noch die zum Vorjahr gleichgebliebenen Preise und bedanke mich an dieser Stelle bei den Sponsoren der Raiffeisenbank und dem Land Oberösterreich. Ich hoffe, heuer werden sich wieder viele Kinder anmelden und die Möglichkeit der Sommerferienaktion nutzen.

GR. Brenner-Nerat: Wie jedes Jahr darf ich mich zu diesem Punkt melden und ich freue mich über die vielen tollen angebotenen Leistungen. Vorweg mein Dank an Herrn Mittermaier und seinem Team für das tolle Angebot. Die Ferien sind lange, deshalb brauchen wir dieses Angebot zusätzlich zu den Kinderfreunden, zum Verein Abenteuer Familie und zum Familienbund, die das ganze Jahr Aktivitäten anbieten und die Kinder beschäftigen.

In den letzten Jahren kam öfters der Einwand, warum nichts Musikalisches in Form von Singen, Tanzen oder ein Musizierinstrument angeboten wird. Von der zuständigen Abteilung bzw. der Referentin wurde erklärt, dass ein Kind ein ganzes Jahr beispielsweise in der Musikschule musiziert. Ist es jetzt nicht mehr erwünscht? War es damals erwünscht, weil es eine andere Referentin gab oder wurde das jetzt mit dem zuständigen Referenten abgeklärt und deshalb nicht mehr in der Wortmeldung erwähnt?

GR. Hufnagl: Ich finde diese Ferienaktion mit all ihren Angeboten einfach großartig und habe nur zwei Fragen an den Referenten. Im Amtsbericht fiel mir auf, dass bei der Position Jugendbetreuung/Jugendveranstaltung der Voranschlag für 2016 und 2017 um rund 8.000 Euro niedriger ist als der Rechnungsabschluss 2015 und auch niedriger als der Rechnungsabschluss 2014. Warum ist das so? Der Stadtrechnungshof machte eine Anmerkung: Es wird der Sponsorenbeitrag der Raika begrüßt und angeregt weitere Sponsoren zu finden. Ein Dankeschön an die Raika. Aber wurden hier irgendwelche Ziele gesetzt, diesen Sponsorenbeitrag zu verdoppeln oder zu verdreifachen?

GR. Wiesinger: Wenn die Ferienaktion bereits zum 32. Mal durchgeführt wird, kann sie ja nur erfolgreich sein. Erfreulich daran ist, dass bei diesen Veranstaltungen kein Defizit erzielt wird.

Als dreifacher Familienvater möchte ich noch zwei Aspekte vorbringen: Wir wissen, diese Ferienaktion ist sehr überlaufen und wird morgen schon wieder ausgebucht sein. Es ist traurig zu wissen, diese Aktion wird sehr stark angenommen und den Eltern muss gesagt werden, dass ihr Kind nicht mehr berücksichtigt werden kann. Diese Problematik sollte in Zukunft noch mehr berücksichtigt werden.

Die Programmpunkte „Backe, backe Muffin“ und „Kuchen am Stiel“ mögen zwar nett sein, es sollten aber andere Aspekte berücksichtigt werden. Kinder wissen zunehmend nicht mehr woher die Milch kommt – vom Supermarkt und die Kuh ist lila. Es ist nett, den Tiergarten zu besuchen, aber dort sind wenig einheimische Tiere. Es sollte darüber nachgedacht werden, in den nächsten Jahren einen Bauernhof zu besuchen, um den Kindern zu veranschaulichen woher die Lebensmittel kommen. Aus meiner Sicht ist dies eine wichtige Anregung.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die überaus positiven Wortmeldungen. Im Programm befindet sich eine Ferientanzwoche, aber Musizieren war auch im Ausschuss kein Thema. Ich werde die Anregungen aufnehmen. Natürlich wäre es schön, mehr Sponsoren zu gewinnen - aber das ist in der heutigen Zeit nicht mehr so leicht.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Kunsteisbahn Wels; Verbesserungsmaßnahmen -
Abänderung des Grundsatzbeschlusses
SB-FzB-205-2016

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 29.03.2016:

Der Gemeinderat der Stadt möge die Änderung des Grundsatzbeschlusses vom 20.10.2014 betreffend die Verbesserungsmaßnahmen an der Kunsteisbahn Wels beschließen.

GR. Mag. Humer: Wir werden diesem geänderten Projekt natürlich zustimmen. Es wurde im Ausschuss darüber intensiv diskutiert. Wegen der angesprochenen LIKE-ICE-Eisfläche im Freien habe ich mit den Funktionären der beiden Welser Eishockeyvereine gesprochen und es ist für sie nicht notwendig, es wird im Sommer nicht trainiert. Außerdem ist diese Fläche nicht einmal im Besitz der Stadt Wels, sondern nur gepachtet. Den Welser Vereinen wäre geholfen, wenn die Kunsteisbahn vor der Saison – wenn wirtschaftlich vertretbar – schon im September aufsperrten würde. In den 40 Jahren des Bestehens ist die Kunsteisbahn einfach in die Jahre gekommen. Der Foyer-Bereich hat sehr nostalgischen Charme. Es ist gut, wenn wir diesen geänderten Beschluss umsetzen für die Stockschützen, die Eisläufer und die Eishockeyvereine. Wichtig aus meiner Sicht ist es, sich die Anlagentechnik genau anzusehen. Diese entspricht nicht mehr unbedingt dem Stand der Technik. Dadurch kann gerade im Anlagenbereich und bei den Betriebskosten viel gespart werden. Wir werden dem Antrag zustimmen und freuen uns schon auf die neue Kunsteisbahn in einem Jahr.

GR. Paulusberger: Die Kunsteisbahn ist in einem desolaten Zustand, der Erstbeschluss wurde im Oktober 2014 gefasst. Die Verbesserungen unter Miteinbeziehung der Eishockey- und Sportschützen-Vereine sind mehr als notwendig und ich bitte um Zustimmung.

GR. Haböck: Über die Sanierung brauchen wir gar nicht zu diskutieren – höchste Zeit und ein sehr positives Projekt. Als Mitglied des Kontrollausschusses möchte ich positiv anmerken, dass alle erforderlichen Gremien übereinkamen, im Sportbereich alles nicht als sinnvoll Erachtete nicht zu finanzieren, sondern das Geld dort anzulegen, wo es gebraucht wird. Die neue Koalition macht sich schon bemerkbar, es wird in sinnvolle Projekte investiert und das Geld effizient ausgegeben. Daher freue ich mich schon, wenn die Kunsteisbahn in moderner Form wiedereröffnet wird und Jung und Alt ihren Spaß haben werden.

GR. Wiesinger: Es ist erfreulich, dass dieser Antrag über die Abänderung wirklich detaillierter ist. Im Oktober 2014 wurde die Sanierung der Eishalle zur Beschlussfassung vorgelegt. Anschließend wurde festgestellt, es wird noch eine Eismaschine benötigt.

Der Eis-Achter am Stadtplatz zeigt in welche Richtung es geht. Die Leute wollen mehr Events haben. Die Eishalle wird mehr und mehr als Vereinshalle genutzt. Vielleicht erhält die Eishalle wieder den Stellenwert wie in meiner Jugend, wo wir gerne hingingen und uns auf eine Eis-Disco freuten. Beim Eis-Achter waren 10.000 Besucher und in der Eishalle ca. 27.000 pro Jahr. Die Stadt Wels investierte in den Eis-Achter eine niedrige 10-stellige Summe - hier ist die Investition eine Million Euro. Deshalb hoffe ich schon, dass die Investition Früchte tragen und die Besucherzahl dementsprechend steigen wird.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die überaus positiven Wortmeldungen. Wir werden uns die Öffnungszeiten ansehen, ob wir die Trainings-Beginnzeiten für die Eishockeyvereine vorverlegen können. Den Publikumslauf in der Eishalle betreffend hoffe ich nach Sanierung der Kunsteisbahn auf einen größeren Besucherzustrom und ersuche um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

10.)

Rahmenvereinbarung Familienhilfe zwischen der Stadt Wels
und der Caritas für die Betreuung und Pflege, Mobile Familien-
und Pflegedienste
SOJ-JW-12-2016

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 29.03.2016:

Der Abschluss der beiliegenden Vereinbarung über die Rahmenbedingungen der Familienhilfe zwischen der Caritas und der Stadt Wels wird genehmigt.

GR. Schäfer: Die Stadt Wels ist Sozialhilfeträger und somit verantwortlich für die Familienhilfe. Desweiteren ist sie zuständig für die Überbrückung von Krisen- und Notsituationen. Ein wichtiger Teil dieser Familienhilfe ist die Mobile Altenpflege. An der Stadt Wels liegt es nun diese Dienstleistungen selbst zu erledigen oder an Dritte zu vergeben. Die Caritas ist hier eine von wenigen Anbietern und hat in der Vergangenheit gut mit dem Land Oberösterreich zusammengearbeitet. Die Mobile Altenhilfe ist sehr wichtig, damit die ältere Generation ihren

Lebensabend in den eigenen vier Wänden verbringen kann und damit die Mobilität der Senioren gesichert ist. Die Dienstleistung der Mobilien Altenhilfe beginnt bei der Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags bis hin zu einer medizinischen Versorgung und deckt somit ein großes Spektrum ab. Die Stadt Wels muss ihrer sozialen Verantwortung nachkommen, deshalb werden wir von den Welser Freiheitlichen dieser Rahmenvereinbarung zustimmen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Wichtig im Bereich der Caritas ist die Kurzzeit- und die Langzeithilfe bei Krankheiten und Geburten. Zur Sicherung für die Familien ist dieser Beistand ganz wichtig.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

WSG, Gemeinnützige Wohn- und Siedlergemeinschaft reg.Gen.mbH,
4020 Linz, Ederstraße 9; Förderung für den nachträglichen Einbau
von vier Liften in Form von Annuitätenzuschüssen
SB-GM-2903-2016

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 29.03.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Fördervereinbarung zwischen der Stadt Wels und der WSG Gemeinnützige Wohn- und Siedlergemeinschaft regGenmbH beschließen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

EGW, Erste Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Heimstätte GmbH,
4020 Linz, Gärtnerstraße 9; Förderung für den nachträglichen Einbau
von zwei Liften in Form von Annuitätenzuschüssen
SB-GM-2904-2016

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 29.03.2016:

Der Gemeinderat möge beiliegende Fördervereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Erste gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Heimstätte GmbH beschließen.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

13.)

Revitalisierung Volksgarten;
Erweiterung des Grundsatzbeschlusses
SB-StaG-49-2016

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 29.03.2016:

Der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom 30.06.2014 zur Attraktivierung des Volksgartens wird für Fremdleistungen um 100.000 Euro erweitert. Für Eigenleistungen wird er um 50.000 Euro erweitert (Kostengenauigkeit für Eigenleistungen +/- 20 %).

Vzbgm. Huber: Mit dem Grundsatzbeschluss des Masterplanes zur Attraktivierung des Messeareals im November 2013 bekannten wir uns klar zum Naherholungsgebiet Volksgarten und zu deren Attraktivierung. In Fortsetzung beschlossen wir im Juni 2014 die Neugestaltung des Brunnens, die Revitalisierung der Teich-Partie, die Neuanlage des Kinderspielplatzes und der Schach-Arena um 200.000 Euro sowie Eigenleistungen in Höhe von 50.000 Euro.

Die SPÖ-Fraktion begrüßt die Verbesserung der Freiraumgärten im Volksgarten, weil all diese Schritte dazu beitragen, dass der Volksgarten seiner Bedeutung als Funktion einer innerstädtischen Parkanlage im Herzen von Wels gerecht wird. Trotz der nicht ganz unerheblichen Kostensteigerung werden wir diesem Antrag zustimmen, hoffe aber, dass man mit derartiger Großzügigkeit auch bei Projekten vorgeht, die sozialdemokratische Referenten betreffen. Als Beispiel sei hier die Hundefreilaufzone angeführt, welche sich die Bürger immer wünschen. Vielleicht finden wir dafür auch noch die nötigen finanziellen Mittel.

GR. LAbg. Dr. Csar: Es geht darum die Traunuferattraktivierung voranzutreiben und dort einen Teil der Fläche wieder der Bevölkerung als Naherholungsfläche zurückzugeben. Unser Wunsch ist es im östlichen Bereich der Bahnlinie bei der „Messe Wels neu“ interessante Freizeitmöglichkeiten zu gestalten. Es ist auch vorgesehen den Spielplatz neben der Stadthalle, den Springbrunnen sowie den Bereich hinter dem Welios mit den derzeit hässlichen alten Hallen neu zu gestalten. Im Masterplan sind dementsprechende Maßnahmen vorgesehen. Wir hoffen, es werden hier möglichst bald finanzielle Mittel freigemacht – egal für welchen Referenten -, um dort endlich wieder eine attraktive Gestaltung durchführen zu können. Wir sehen diesen Antrag heute als weiteren Schritt in die richtige Richtung.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Bgm. Dr. Rabl: Die Reaktivierung des Volksgartens war ein großes Anliegen von mir als damaliger Referent. Die jetzige Beschlussfassung ist darauf zurückzuführen, dass der Rechnungshof kritisierte, es sind in den Beschlüssen Eigenleistungen nicht enthalten. Das war

früher Usus, weil die Leistungen sowieso erbracht werden mussten. Ich gebe dem Rechnungshof Recht, dass es natürlich vielleicht eine unterschiedliche Beurteilung des Beschlusses ergibt, ob jetzt erhebliche Eigenleistungen zu erbringen sind neben geringen Fremdinvestitionen oder ob das nicht der Fall ist. Deshalb begrüße ich diesen Schritt zu mehr Transparenz, aber daraus resultiert eben diese Erhöhung um 50.000 Euro. Prinzipiell handelt es sich dabei um ein sehr sinnvolles Vorhaben den Volksgarten zu reaktivieren, das ist mit einer gewissen Geldsumme verbunden. Gerade Grünräume im Stadtbereich müssen gepflegt und entsprechend erhalten werden und liebe Silvia, auch bei der Hundefreilaufzone werden wir sicher eine Lösung finden.

GR. Schönberger: Ich finde die Initiative im Volksgarten sehr lobenswert und hoffe, es handelt sich dabei um einen Teil des Konzeptes aus dem Jahre 2013. Das einzige Fehlende sind die Wohnungen für 2000 neue Bürger in Wels für leistbares Wohnen. Auch das stand in diesem Konzept für die Innenstadt und ich hoffe, diese Wohnungen werden bis 2020 geschaffen und nicht nur die Parkflächen saniert.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Karl Schönberger, wir sind am besten Weg diese 2000 Wohnungen zu schaffen, alleine schon durch Projekte, die seither im Bereich der Innenstadt errichtet wurden. Durch die Innenstadtverdichtung ist ersichtlich, dass sich hier etwas bewegt. Durch das derzeitige Projekt „Marschallinger“ werden knapp 100 Wohnungen geschaffen. Du brauchst dir keine Sorgen machen, die Verdichtung findet statt.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Wie schon von Herrn Bürgermeister richtig ausgeführt, bewerten wir hier die mehr benötigten Eigenleistungen. Was gäbe es Furchtbareres, als wenn wir jetzt irgendwo Schlaglöcher hätten, die wir nicht ausbessern könnten, weil wir diese Eigenleistungen nicht im Grundsatzbeschluss erweitert haben. Herzlichen Dank für die positiven Rückmeldungen und ich freue mich schon, wenn alles neu gestaltet wird.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

14.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben
der Stadt Wels nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;
Maßnahmen- und Finanzplan 2016
SB-AWi-527-2016

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 29.03.2016:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2016 wird in einem Rahmen von 63.085 Euro mit monatlichen Akontozahlungen von 5.257 Euro – alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt – genehmigt.

Einstimmig angenommen.

15.)

Tarifordnung Arche Wels; 1. Novelle
SB-TH-7-2016

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 29.03.2016:

Die beiliegende 1. Novelle der Tarifordnung der Arche Wels wird beschlossen.

GR. Fila: Durch die Anpassung der Tarife bekommen nun auch Tiere, die aufgrund ihrer Krankheit oder ihrer Verhaltensauffälligkeit eher schwer vermittelbar sind, eine Möglichkeit rasch wieder ein neues Zuhause zu finden. Speziell für gewisse Problemtiere ist es nur von Vorteil, wenn diese Tarifanpassung durchgeführt wird. Budgetär wird es sicher keine größere Belastung werden. Wenn sich jemand eine ältere Katze oder einen Problemhund aus der Arche Wels holt, wird er vermutlich eine soziale Ader haben und sicher eine kleine Spende hinterlassen. Fakt ist auf jeden Fall, dass jedes Tier, welches die Arche Wels vermittelt, auch ein Gewinn für die Arche ist, weil keine weiteren Kosten entstehen. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Arche Wels. Ebenso den zahlreichen freiwilligen Helfer, die unentgeltlich die Arche Wels unterstützen.

Vzbgm. Huber: Danke für die positive Wortmeldung. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

16.)

Familienzentren der Kinderfreunde Wels - Hausruck; Abschluss einer Subventionsvereinbarung für den Zubau und die Erweiterung der Krabbelstube in Wels, Eibenstraße 25;
Verein Abenteuer Familie-Kinderbetreuung; Abschluss einer Subventionsvereinbarung für die Errichtung eines Kindergartens und einer Krabbelstube in Wels, Mohnstraße 24
KI-KiV-204-2016

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Generationsausschuss am 29.03.2016:

Die beiliegende Vereinbarung mit den Familienzentren der Kinderfreunde Wels-Hausruck betreffend die Gewährung einer Subvention für den Zubau und Erweiterung der Krabbelstube in Wels, Eibenstraße 25, wird beschlossen.

Die beiliegende Vereinbarung mit dem Verein Abenteuer Familie – Kinderbetreuung betreffend die Gewährung einer Subvention für die Errichtung eines Kindergartens und einer Krabbelstube in Wels, Mohnstraße 24, wird beschlossen.

GR. Hacker: Kinderbetreuungsplätze sind unverzichtbare Bestandteile unseres Bildungssystems und leisten als familienergänzende Institutionen einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der Noitzmühle haben wir eine sehr hohe Bevölkerungsdichte und es wohnen sehr viele Kleinstkinder in diesem Stadtteil. Es ist daher sehr erfreulich, dass in diesem Stadtteil weitere Krabbelstubenplätze geschaffen werden. Derzeit fehlen in unserer Stadt aber noch weitere 70 Kleinstkinderbetreuungsplätze. Das heißt, hier muss weiter geplant und Geld in die Hand genommen werden, um in Zukunft den Bedarf der Kleinstkinderbetreuung zu decken. Tatsache ist, wir brauchen eine Grundsatzentscheidung in welchen Bereichen der Kinderbetreuung wir in den nächsten Jahren investieren werden.

GR. Ganzert: Betreffend den Stellenwert der Kleinstkinderbetreuung in unserer Stadt möchte ich mich der Kollegin Hacker vollinhaltlich anschließen. Ich möchte mich bei den Kinderfreunden und dem Verein Abenteuer Familie ganz herzlich bedanken, die hier zusätzliche Kleinstkinderbetreuungsplätze ermöglichen. Erwähnen möchte ich noch, dass sich die Krabbelstube der Kinderfreunde in der Noitzmühle bereits in Bau befindet und deren Fertigstellung für Juni geplant ist. Laut Amtsbericht wird die Auszahlung der 2. Rate aber erst für August vorgeschrieben. Es ist für einen privaten Verein, der ständig Dienstleistungen an Familien und der Jugend erbringt, sehr schwierig diesen Betrag abzudecken. Unser Wunsch lautet daher dahingehend, dass bei Beendigung der Baustelle bzw. bei Aufnahme des Betriebes die 2. Rate vereinbarungsgemäß fließen kann.

GR. Mag. Mayerhofer: Ich möchte die Wortmeldung von GR. Hacker aufgreifen bezüglich der Aussage, dass es Grundsatzentscheidungen braucht betreffend Kinderbetreuung in unserer Stadt. In dem im letzten Jahr erstellten Kinderbetreuungs- und -entwicklungskonzept bedarf es grundsätzlicher Entscheidungen, insbesondere die spätere Betreuung in der Schule. Investieren wir als Stadt verstärkt in den Bereich der Horte oder mehr in den Bereich der Nachmittagsbetreuung in den Schulen? Damit müssen wir uns noch intensiv auseinandersetzen, damit wir für Jungfamilien eine gute Vereinbarung zwischen Familien- und Berufsleben ermöglichen können.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich sagte es schon mehrfach, es gefällt mir nicht, dass die Kinderbetreuung mehr und mehr zu einer Aufgabe wird, die von privaten parteinahen Institutionen wahrgenommen wird. Die Kinderbetreuung im Vorschulalter ist eine Bildungsaufgabe, sollte daher eine öffentliche Aufgabe sein und von der Stadt selbst wahrgenommen werden. Das bedeutet auch, dass Kindergärten und Krabbelstuben von der Stadt gebaut werden sollten. So wie wir es derzeit machen, zahlen wir dafür. Wir zahlen für den Bau, für das Personal, aber wir haben diese Einrichtungen nicht im direkten Einflussbereich der Stadt. Das halte ich für falsch, deshalb werde ich hier nicht zustimmen.

StR. Josseck-Herdt: Liebe Kollegin Hacker! Ich gebe dir Recht bezüglich deiner Forderung nach einer Grundsatzentscheidung. Ich möchte das vorbereiten, und zwar nicht nur über die nötigen baulichen Maßnahmen, um neue Kindergärten zu bauen, sondern auch die bestehenden zu sanieren, denn das ist dringend notwendig.

Zum Kollegen Ganzert möchte ich anführen – es wurde im Ausschuss schon besprochen: Für die Kinderfreunde und für den Verein Abenteuer Familie wird die letzte Auszahlung im September nächsten Jahres zu spät sein, denn auch der Kindergarten in der Mohnstraße wird viel früher fertig und bei Vorliegen der Schlussrechnungen muss das Geld natürlich vorhanden sein.

Zum Kollegen Mag. Teubl möchte ich sagen: Ich bin froh über diese Initiativen und wir haben noch genug zu tun, um auch für die übrigen Kinder Möglichkeiten zur Betreuung zu schaffen. Betreffend der angesprochenen Hortbetreuung von Fr. Mag. Mayerhofer müssen wir uns darüber klar werden. Es sind nicht nur Kinderbetreuungsplätze und Krabbelstubenplätze notwendig, sondern Betreuungsplätze für Kinder ab der 5. Schulstufe. Wir hätten die Möglichkeit diese Kinder in der Schule von der Nachmittagsbetreuung betreuen zu lassen. Dieses Angebot wird leider von den Eltern nicht in dem Maße angenommen, wie wir uns das wünschen. In Linz werden die Kinder ab der 5. Schulstufe nur mehr in der Nachmittagsbetreuung betreut. Ich möchte prüfen lassen, wie wir zu besseren Lösungen auf diesem Gebiet kommen können.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS
und Mag. Mayerhofer)
gegen 1 Nein-Stimme (Mag. Teubl)
angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 106/2.8 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6016-2015

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 07.03.2016, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 106/2.8 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

GR. Hufnagl: Dieser Bebauungsplan befindet sich im Bereich der Kreuzung Magazinstraße/Dr.-Groß-Straße. Ist dort irgendwann ein Kreisverkehr geplant?

StR. Lehner: Mit gegenständlichem Bauvorhaben wird nicht in den Kreuzungsbereich eingedrungen. Derzeit steht dort eine Halle und es soll eine vernünftige Wohnbebauung ermöglicht werden. Natürlich gibt es in diesem Bereich keinen Konflikt mit einem eventuellen vom Verkehrsreferenten angedachten Kreisverkehr.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.38 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6023-2015

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 07.03.2016, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.38 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Grüne-Gemeinderatsfraktion
betreffend Neuausschreibung der Schüler/innen/Verpflegung
DI-Verf-2007-2016

GR. Prof. Mag. Teubl: Im Jahr 2014 wurde die Essensausgabe in den Welser Schulen neu ausgeschrieben. Der Welser Familienbetrieb, der bis zu diesem Zeitpunkt das Essen lieferte, kam nicht mehr zum Zug. Den Zuschlag bekam der internationale Großkonzern SODEXO. Dieser liefert nun täglich das Essen aus Deutschland an.

Ich sah mir das Protokoll der Gemeinderatsdebatte vom 30.06.2014 an und konnte feststellen, dass die damalige Entscheidung von allen hier vertretenen Parteien bedauert wurde. Trotz dieses Bedauerns wurde die Vergabe schließlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Lediglich wir GRÜNEN stimmten dagegen, weil wir diese Vergabe für einen ökologischen Wahnsinn halten. Die damals von uns geäußerten Bedenken wegen des langen Anlieferungsweges wurden aber mit dem Hinweis auf vergaberechtliche Bestimmungen als nicht stichhaltig abgetan.

Wir stehen nun vor einer völlig neuen Situation. Der Fall wurde auf Betreiben des unterlegenen Anbieters von der Volksanwaltschaft aufgegriffen und gründlich untersucht. Wir legten die Stellungnahme der Volksanwaltschaft unserem Antrag bei, sodass sie selbst sehen können, zu welchen Schlüssen die Volksanwaltschaft gelangte. Da heißt es zum Beispiel:

„Gemäß § 19 Abs. 5 Bundesvergabegesetz ist im Vergabeverfahren auf die Umweltgerechtigkeit der Leistung Bedacht zu nehmen. Dies kann insbesondere durch die Berücksichtigung ökologischer Aspekte erfolgen. Vor diesem Hintergrund wird kritisiert, dass die langen Anfahrtswege bei der Essensanlieferung durch den siegreichen Großkonzern im Vergabeverfahren nicht zu dessen Lasten berücksichtigt, ja nicht einmal thematisiert wurden.“

In dieselbe Richtung deutet schließlich der Österreichische Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, in dem die Erforderlichkeit der Berücksichtigung von Umweltaspekten betont wird. Beispielsweise ist auf geringe Treibhausemissionen bei der Leistungserbringung zu achten. Auch dies spricht tendenziell gegen die Art der Leistungserbringung durch den siegreichen Großkonzern und hätte bei der Zuschlagserteilung berücksichtigt werden können und sollen.“

Damit wird also nun unsere damals geäußerte Auffassung bestätigt, dass die Regionalität als Vergabekriterium sehr wohl zum Tragen hätte kommen können. Doch damit nicht genug. Auch die durchaus in der Ausschreibung genannten Qualitätskriterien wurden von der Firma Sodexo offensichtlich nicht erfüllt. Unserer Forderung einen verpflichtenden Bioanteil zu verlangen, wurde zwar damals nicht nachgekommen, aber immerhin wurde die Anforderung definiert, dass

die Speisen täglich frisch zuzubereiten und anzuliefern sind. Ob die Anlieferung schockgefrorener Speisen diesem Kriterium entspricht, kann zumindest bezweifelt werden.

Vor allem aber wurde in der Ausschreibung von den Bewerbern verlangt das Gütesiegel „Gesunde Küche“ des Landes Oberösterreich zu besitzen oder zumindest ehebaldigst zu erwerben. Nach allen aktuellen Informationen erfüllt die Firma Sodexo diese Bedingung aber bis heute nicht. Die Volksanwaltschaft weist darauf hin, dass offensichtlich im Vertrag, der zwischen dem Magistrat der Stadt Wels und der Firma Sodexo geschlossen wurde, dies auch gar nicht mehr verlangt wurde, wodurch nach Ansicht der Volksanwaltschaft die anderen Anbieter benachteiligt wurden. Deshalb ist die Korrektheit des Vergabeverfahrens nicht gegeben. Die Volksanwaltschaft kommt abschließend im Hinblick auf die Beschwerde des früheren Anbieters zum Schluss, die Stadt Wels führte das Vergabeverfahren nicht korrekt durch, was zu einer Benachteiligung des Familienbetriebes führte. Sie empfiehlt der Stadt Wels eine Neuausschreibung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Chance, die wir ergreifen sollten. Wir sollten dieser Empfehlung dringend nachkommen und ersuche sie daher diesen Antrag zu unterstützen und eine Neuausschreibung der Vergabe der Schulverpflegung vorzunehmen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Durch die Zitate der Volksanwaltschaft wurden einige Dinge angesprochen, die juristisch geprüft werden sollten. Über den Ablauf der Ausschreibung bzw. über die Vergabekriterien gab es eine Stellungnahme der Dst. Zivilrecht, in der die Zustimmung über die Vorgangsweise gegeben wurde. Zum Thema Erlangung des Gütesiegels „Gesunde Küche“ darf ich anführen, dass um dieses beim Land Oberösterreich angesucht wurde. Lt. der Firma Sodexo sind noch Fragen betreffend Mehlspeisen und Dinkelmehl offen. Das Land Oberösterreich müsste einfach einmal Ja oder Nein sagen. Nachdem das Verfahren jedoch noch läuft, können wir nicht davon reden, dass sich die Firma Sodexo nicht darum bemüht dieses Gütesiegel zu erlangen.

Zum Thema tiefgekühlt, schockgefroren oder frisch möchte ich einen Vergleich nennen: Bei Backwaren gelten beispielsweise tiefgefrorene Semmeln nach dem Aufbacken als Frischware. Bei den von der Firma Sodexo angelieferten Speisen, die in den Schulen fertiggekocht werden, müssen wir das gemeinsam bewerten.

Mit 01.03.2016 änderte sich die Bundes-Vergabeordnung. Es wurde eingefügt, dass bei internationalen Ausschreibungen über 100.000 Euro das Testbild-Prinzip herangezogen werden kann. Zum Zeitpunkt unserer Ausschreibung galt ganz klar das Billigst-Bieter-Prinzip. Die Frage der Regionalität bzw. der zurückgelegte Weg der Speisen hatte keinerlei Bedeutung.

Aus diesen Gründen stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion zur weiteren Beratung dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von StR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) an den zuständigen Ausschuss wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion, Mag. Mayerhofer)
gegen 2 Nein-Stimmen (Mag. Teubl und NEOS)

angenommen.

GR. Kirchmayr ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Nach Abhaltung der Bürgerfragestunde von 17.40 Uhr bis 17.43 Uhr bedankt sich der Bürgermeister für die rege Diskussion und erklärt diese Sitzung für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 27.06.2016 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.